NEWSLETTER

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nr. 15, August 2019, 8. Jg.

Herausgegeben von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Redaktion: Dr. Harald Schmid

INHALT

3 EDITORIAL

4 **LEBENDIGE ERINNERUNG**

FORUM

5 *Karin Prien* | Historische Lernorte als Chance und Herausforderung für die Schulen im 21. Jahrhundert. Grußwort zur Eröffnung des Historischen Lernortes Neulandhalle am 8. Mai 2019

7 *Harald Schmid* | Quo vadis, Neulandhalle? Nach der Eröffnung des Historischen Lernorts

9 *Reimer Möller* | Demokratischen Grundwerten Geltung verschaffen. Gedenkrede am 4. Mai 2019 auf dem russischen Ehrenfriedhof Gudendorf

12 *Uta Körby* | 20 Jahre Trägerverein KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen – Was macht einen Ort zum „Ort"?

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

17 Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager"

18 IMPULS-Mittel der Landesregierung: 500.000 Euro für drei Erinnerungsorte

19 *Katja Happe* | Die Zukunft der Vergangenheit. Vermittlungsarbeit in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

21 „Mutig und selbstbewusst" auf aktuelle Herausforderungen reagieren. Marc Czichy ist Leiter der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

23 „Sich mit dem Gestern und dem Heute auseinandersetzen" Fragen an Philipp Cordts, Gedenkstättenpädagoge in der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing

24 *Luisa Taschner* | Erinnerung ohne Zeitzeugen wachhalten – Gedenkstättenpädagogik heute

25 *Thomas Tschirner* | Kontroverses, multiperspektivisches und menschenrechtsorientiertes Lernen. Als Lehrer zur Vermittlungsarbeit an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

26 „EURE Erinnerung" – Startschuss für den ersten Schülerwettbewerb der Bürgerstiftung

27 Geschichtswettbewerb „Spurensuche in Ostholstein"

28 *Gerhard Braas* | Schulprojekt „Lebendige Vergangenheit". Die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen als Geschichtslabor

BERICHTE UND INFORMATIONEN

31 *Brigit Janzen* | Leitungsgruppe appelliert an kommunale Verantwortung

32 Ausgezeichnetes Engagement: Bundesverdienstkreuz für Uta Körby

33 *Uta Körby* | Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

35 *Uta Körby* | LAGSH-Exkursion zu Hamburger Gedenkorten

37 Stabwechsel in Kaltenkirchen: Hans-Jürgen Kütbach ist neuer Vorsitzender des Trägervereins

38 *Monika M. Metzner* | Satirisch gegen rechts. Gedenkstätte Ahrensbök veranstaltete drei Aktionswochen „Für Demokratie und bunte Vielfalt"

40 *Jens Rönnau* | Projekte, Veranstaltungen und Modernisierungen im Flandernbunker

44 *Enno Hasbargen* | Erinnern an das erste NS-Opfer in Quickborn: Gedenkstele für Paul Warnecke eingeweiht

45 *Jochen Hilbert* | „Frieden, Freiheit, Toleranz" – Ergebnis des Schülerwettbewerbs zur Umgestaltung des Pinneberger Kriegermals

47 *Christian Kniese, Hauke Petersen* | Gedenkkultur und justizielle Aufarbeitung. Rückblick auf zwei Vortragsabende des Landesbeauftragten für politische Bildung

49 „Aghet" – der Völkermord an den Armeniern. Ökumenische Gedenkfeier in der Lutherkirche Lübeck

51 *Ines Langhorst, Karen Meyer-Rebentisch* | Auf den Spuren der Lübecker Märtyrer. Gedenkweg durch Lübeck neu überarbeitet

52 Neue Generationen, neue Herausforderungen –neues Erinnern? Eine Diskussion über den Umgang mit dem Nationalsozialismus heute

52 3. Mai 1945 – die „Cap-Arcona-Katastrophe". Internationale Tagung in Neustadt

52 Gedenkstättenlandschaften in Ost und West 30 Jahre nach der Grenzöffnung. Gemeinsame Gedenkstättentagung von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

53 *Jürgen Brüggemann* | Nachruf auf Günther Wilke

LESEZEICHEN

AUFGEBLÄTTERT

54 Kinder und Gedenkstätten

56 LITERATURHINWEISE

57 **TERMINKALENDER**

58 IMPRESSUM

EDITORIAL

Es ist viel Bewegung in der schleswig-holsteinischen Erinnerungskultur:

- Am 8. Mai wurde der „Historische Lernort Neulandhalle" eröffnet – Investitionssumme: 1,5 Millionen Euro;
- in diesem Jahr erhalten die Gedenkstätte Ahrensbök, die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und der Flandernbunker Kiel zusammen 500.000 Euro Investitionsmittel des Landes, mit denen sie wichtige Modernisierungsprojekte umsetzen können;
- erstmals wurden in den letzten Monaten gleich in mehreren Gedenkstätten hauptamtliche Stellen besetzt, primär finanziert durch die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) – ein wichtiger Professionalisierungsschritt;
- und fünf Gedenkstätten machen sich Hoffnung, dass ihre im Juli eingereichten Förderanträge bei der Bundesregierung im Rahmen des Programms „Jugend erinnert" bewilligt werden.

Solch erfreuliche Nachrichten sind das Eine, anhaltend schwierige Perspektiven das Andere. So besteht ein Dauerproblem der meisten Gedenkstätten und Erinnerungsorte darin, dass die betreffenden Kommunen und Kreise wenig oder gar nichts zur Unterstützung der Einrichtungen beitragen. Die Leitungsgruppe zur Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzepts hat, wie in dieser Ausgabe des *NEWSLETTERS* zu lesen ist, an Kommunen und Kreise appelliert, hier aktiver zu werden.

Gute Nachrichten lassen auch leicht vergessen, wie lang und mühsam häufig der Weg zur Etablierung der Gedenkstätten war. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch lässt Uta Körby die schwierige Durchsetzung der Gedenkstätte Revue passieren. Ohne ausdauerndes Engagement einzelner Personen, so ein Fazit ihres Beitrags, wäre dies kaum möglich gewesen.

In diesem *NEWSLETTER* können in der Rubrik „Forum" zwei Reden nachgelesen werden: zum einen die Ansprache von Kulturministerin Karin Prien zur Eröffnung des „Historischen Lernorts Neulandhalle", zum anderen die Gedenkrede von Dr. Reimer Möller, die er am 4. Mai im Rahmen der traditionellen Gedenkfeier in der Gedenkstätte Gudendorf gehalten hat.

Dass die Rubrik „Pinnwand" in dieser Ausgabe so gut gefüllt ist, liegt nicht zuletzt daran, dass es ungewöhnliche viele Personalien zu vermelden gibt. Deshalb kommen alle neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätten selbst zu Wort oder werden porträtiert. Wir freuen uns über den engagierten Neuzuwachs in der „Szene"! Doch nicht alle Personalien sind erfreulicher Natur – Dr. Jürgen Brüggemann erinnert in seinem Nachruf auf den am 21. Juli 89-jährig verstorbenen Günther Wilke an dessen Wirken auch in der schleswig-holsteinischen Erinnerungskultur.

Schließlich informiert der *NEWSLETTER* auch über aktuelle Vorhaben der BGSH, zuvorderst über den erstmalig ausgelobten Schülerwettbewerb.

Diese und weitere Informationen bietet die vorliegende Nummer 15 des *Newsletters*. Ein herzlicher Dank an alle Beiträger/innen und Unterstützer/innen, ohne die auch diese Ausgabe nicht möglich gewesen wäre. ◄

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet
Dr. Harald Schmid

LEBENDIGE ERINNERUNG

Am 8. Mai 2019 wurde der „Historische Lernort Neulandhalle“ der Öffentlichkeit übergeben. Über 200 Personen nahmen an der Eröffnungsfeier in Friedrichskoog (Kreis Dithmarschen) teil. Nach jahrelanger Diskussion um die Zukunft des historischen, 1936 im „Adolf-Hitler-Koog“ eingeweihten Gebäudes haben die Nordkirche und die Landesregierung mit einer Investitionssumme von 1,5 Millionen Euro das Gebäude umgebaut und eine Freiluftausstellung entwickelt. Letztere basiert auf einem Konzept des Historikers Prof. Dr. Uwe Danker, der auch die Ausstellungs-Projektgruppe der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History der Europa-Universität Flensburg leitete. Die Außenausstellung, gestaltet von Uwe Franzen von der Lüneburger Agentur atelier hand-werk 2.0, inszeniert das historische Thema des Ortes mit Wörtern wie „Raum“, „Volk“ und „Gemeinschaft“ und Buchstaben wie dem hier abgebildeten „S“, die als Ausstellungsfläche genutzt werden. Die Ausstellung und weitere Informationen sind auch auf der Website der Einrichtung zu finden. – *Foto: Dr. Harald Schmid* ◄

FORUM

Historische Lernorte als Chance und Herausforderung für die Schulen im 21. Jahrhundert
Grußwort zur Eröffnung des Historischen Lernortes Neulandhalle am 8. Mai 2019

Karin Prien

Warum brauchen wir ausgerechnet die Neulandhalle als Lernort? Unbehagen hat mich heute begleitet. Ausgerechnet eine Kultstätte, an der die Täter ihre krude Ideologie gefeiert haben, als außerschulischer Lernort!

Eine Ideologie, die Millionen berauschte, verführte und die zur Rechtfertigung wurde für das Menschheitsverbrechen, für das wir bis heute in der Verantwortung stehen.

Philipp Jenninger musste 1988 als Bundestagspräsident zurücktreten, weil er seinerzeit von einem „Faszinosum" sprach. Sprachlich ein Fehltritt, und doch bleibt es bis heute, trotz aller Forschung, nicht vollständig erfassbar: Wie konnte eine totalitäre Ideologie so viele Menschen mitreißen und zugleich einen ganzen Kontinent in den Abgrund stürzen?

Und wir? Wir stehen jetzt an einem Ort, den wir zusammendenken müssen mit Orten wie Buchenwald und Auschwitz, mit der Ermordung von Millionen Menschen. Aber auch mit den Opfern des Zweiten Weltkrieges. Die einen Historiker sprechen von 55 Millionen Toten, die anderen von 60 bis 70 Millionen Kriegsopfern. Keine dieser Zahlen können wir wirklich erfassen; das unendliche Grauen des Krieges wirklich begreifen. Was führte zu diesem Krieg? Wie werden Menschen wie Sie und ich zu Tätern? Was treibt Menschen an, der Ideologie von Blut und Boden zu verfallen? Können wir hier eine Antwort finden?

Für die Nationalsozialisten war der Koog eine Art Feldversuch für ihr „Lebensraum"-Konzept, für ihre ideologisch aufgeladene, für uns heute abstrus anmutende Landgewinnungspolitik, die letztlich Rechtfertigung für die „Arisierung" von Mittel- und Osteuropa sein sollte. Der „Kampf mit und gegen die Natur" wird hier an der Nordseeküste zur Metapher einer hybriden Überwältigungsstrategie von Mensch und Natur.

Warum also brauchen wir ausgerechnet diesen historischen Lernort? Die Antwort gibt uns eine jüdische Weisheit, die Richard von Weizsäcker in seiner Rede vom 8. Mai 1985 zitiert hat: „Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." Dieser Satz fasst in Worte, was mir am Herzen liegt, und was die Landesregierung mit dem neuen Landesgedenkstättenkonzept bewirken will, das bei allem Unbehagen und aller Kritik bewusst auch die Neulandhalle einschließt, obwohl sie eben keine Gedenkstätte ist, sondern uns als Lernort herausfordert. Intellektuell aber auch emotional.

Blick in das Veranstaltungszelt während der Eröffnungsfeier. – *Fotos: Dr. Harald Schmid*

Nur eine reflektierte Erinnerung, wie schmerzhaft sie auch ist, bewahrt uns davor, in der Gegenwart und in Zukunft Fehler zu wiederholen. Dazu gehört es aufzuzeigen und zu verstehen, wie die Verführung, wie das schleichende Gift des Mitläufertums und der Weg in die Mittäterschaft überhaupt entstehen konnten. Darauf kann uns diese Kultstätte der Nationalsozialisten, der Täter, Antwort geben. Und das in dieser – ich muss es so sagen – scheinbar so harmlosen Idylle. Dieser Widerspruch fasst einen hier im wahrsten Sinne an.

Reflektiertes Erinnern heißt: sich einlassen, den Raum auf sich wirken zu lassen, hier die

Neulandhalle, und das Menschenbild wahrzunehmen, das zum Beispiel auch die NS-Kunst an den Wänden der Neulandhalle abbildet. Das ist die Bildsprache einer Ideologie, die von Blut und Boden sprach und mit der die Nationalsozialisten den millionenfachen Mord und die Zerstörung des europäischen Kontinents begründet haben.

Nach der Eröffnungsfeier: das Veranstaltungszelt mit einem Teil der Open-Air-Ausstellung.

Auch hier, in dieser Beschaulichkeit Dithmarschens, wurde der Holocaust vorbereitet! Das sagt uns dieses Haus. Es schweigt, aber es erzählt uns eine schreckliche Geschichte. Deshalb ist dieses umstrittene Gebäude ein wichtiger, ein beklemmender historischer Lernort. Er zwingt uns, uns mit den Tätern und den Mitläufern, mit der menschlichen Natur und uns selbst, auseinanderzusetzen – und mit unserer historischen Verantwortung.

Hatten die Menschen, die hier ein und aus gingen kein Gewissen? Waren sie alle Nazis? Gab es Widerstand? Hatten sie verstanden, dass sie Teile eines wahnsinnigen Experiments waren? All dies sind Fragen, die bewegen uns, wenn wir an diesem einstigen Täter-Ort sind, der uns zum Nachdenken zwingt.

Die Neulandhalle ist keine Gedenkstätte! Sie ist ein schwieriger, komplexer Lernort der historisch-politischen Bildung. Er ermöglicht Lernen für die Demokratie. Solche Orte bergen immer die Gefahr, dass sie zu einem Ort werden, der Neonazis anzieht und andere Verwirrte, die auch heute wieder von Blut und Boden schwadronieren. Dem stellen wir uns entgegen. Indem dieser Ort ein Ort des Lernens ist.

Ich halte nichts von verpflichtenden Besuchen an Orten wie diesem, aber sie sind Angebote mit einem „Ausrufezeichen!". Wir sollten sie nutzen: für Schulen, Hochschulen, in der Erwachsenenbildung aber auch für die Integrationsarbeit von Migrantinnen und Migranten.

Unser Landesgedenkstättenkonzept verfolgt insbesondere zwei übergreifende politische Ziele, die ich auch hier nennen möchte:

erstens die Fortführung der kritischen Erinnerung an Herrschaft, Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus, und zwar mit zeitgemäßen Mitteln in einem demokratischen und pluralistischen Prozess.

Und zweitens eine nachhaltige Schärfung des Bewusstseins für die kontinuierliche Gefahr menschenfeindlicher und demokratiefeindlicher Entwicklungen – insbesondere auch an den historischen Orten zur Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischen Terrors.

Politik kann damit Rahmenbedingungen schaffen, aber die Erinnerungsarbeit geschieht vor Ort, auch an diesem Ort. Er erinnert uns an das unendliche Leid der Opfer des Nationalsozialismus. Wir tragen sie in unseren Herzen und gedenken Ihrer. Die Erinnerungsarbeit, die nachhaltige Schärfung des Bewusstseins, sie geschieht an Schulen, an Hochschulen, in den Kirchen - und hier. Diese zweite Dimension der Erinnerungsarbeit ist mir besonders wichtig. Und nur so kann ein wirklich nachhaltiger Beitrag entstehen zur historischen und politischen Bildung, zur Demokratie-Erziehung.

Wir brauchen die kritische Reflexion der Vergangenheit, der Mechanismen, mit denen Hitler und die Nationalsozialisten gearbeitet haben, und mit denen Diktatoren und Ideologen in aller Welt noch heute arbeiten und noch heute Erfolg haben.

Deshalb danke ich Ihnen, meine Damen und Herren, für diese Eröffnungs-Veranstaltung, dafür, dass Sie das Erinnern wachhalten, Geschichte kritisch reflektieren und sich – viele auch in ehrenamtlicher Funktion – für die historisch-politische Bildung einsetzen – damit Geschichte sich eben nicht wiederholt.

Die Neulandhalle und die neue Außenausstellung.

Insbesondere danke ich Ihnen, Herr Dr. Crystall, dass Sie trotz allem an dem Projekt festgehalten haben und die Aufgabe beherzt angepackt haben. Und ich danke Ihnen, Herr Professor Danker, für Ihre wissenschaftliche Begleitung und Ihr einfühlsames Gestaltungskonzept.

Siegfried Lenz, einer der bedeutendsten Schriftsteller Deutschlands und Ehrenbürger Schleswig-Holsteins, ein Mann also mit einer großen Liebe zu Land und Leuten, prägte diesen Satz: „Vergangenheit hört nicht auf, sie überprüft uns in der Gegenwart." In dieser Gegenwart stehen wir heute hier zusammen an einem besonderen Ort. Wir können die Bilder sehen, wir können die Wände anfassen und damit begreifen, wie der Rassenwahn Wirklichkeit wurde. Möge dieser Ort dazu beitragen, dass, ganz im Sinne Siegfried Lenz', wir dieser Überprüfung unseres heutigen und zukünftigen Tuns durch die Vergangenheit standhalten.

Karin Prien ist Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein sowie Vorsitzende des Stiftungsrats der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten. ◄

Quo vadis, Neulandhalle? Nach der Eröffnung des Historischen Lernorts

Harald Schmid

„Bildung und Aufklärung hilft!" So stand es im Juni 2018 auf dem öffentlichen Tafel-Gästebuch der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing. Der Satz ist gewissermaßen der hoffende Leitspruch (auch) aller Gedenkstätten und Erinnerungsorte, die sich der Dokumentation, Aufklärung und Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts widmen. Auch der jüngste Erinnerungsort Schleswig-Holsteins folgt dieser Hoffnung.

Es war ambitioniert, und es ist ambitioniert – die Neulandhalle ist Anfang 2011 in der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit wie ein Phönix aus der Asche des Vergessens aufgetaucht und hat seither für viele Schlagzeilen, Diskussionen, Projektplanungen gesorgt. Und nun ist dieser neue Erinnerungsort eröffnet worden. Zeit für eine Bilanz – und einen Blick nach vorn.

Einerseits bleiben eher kleinteilige Fragen, auch nach der medial breit wahrgenommenen Eröffnung am 8. Mai. Zum Beispiel:

- Wo bleibt in der Ausstellung die kritische Auseinandersetzung mit dem Umgang des Kirchenkreises Dithmarschen mit der Geschichte des Gebäudes während der vier Jahrzehnte einer von ihr betriebenen Jugendbegegnungsstätte?
- Warum ist die Ausstellung ebenso wie die Website durchgängig nur einsprachig konzipiert? Sollen nur deutsche Touristen an die Westküste pilgern? Standard ist es seit langem, mindestens auch eine englischsprachige Fassung anzubieten. Erinnerungsorte zum Nationalsozialismus sind keine bloß deutsche Angelegenheit, vom *Dark Tourism* zu solchen Orten ganz zu schweigen.
- Und warum wird der vor dem Gebäude liegende alte Gedenkstein-Findling mit der Inschrift „Unseren Kameraden 1933–

1945" aus der „zweiten Geschichte" der Neulandhalle nach 1945 nicht als Exponat in die Ausstellung integriert und kommentiert?

Andererseits bleibt das gar nicht kleinteilige Grundproblem des Projekts bestehen: der scharfe Gegensatz zwischen dem für Schleswig-Holstein singulär hohen Mitteleinsatz von 1,5 Millionen Euro und der (Un-)Wahrscheinlichkeit, just hier an einem der abgelegensten Orte des Landes dauerhaft eine nennenswerte Zahl von Besucherinnen und Besuchern anziehen zu können. Man kann das abgeklärt als Risikoinvestition bezeichnen. Oder als extrem teuren Versuch, endlich auch in Schleswig-Holstein einen überregional attraktiven Erinnerungsort zum Nationalsozialismus vorweisen zu können. Beide Motivlagen sind verständlich und in der Sache, dem historischen Kontext, gut begründet.

Das Logo des neuen Erinnerungsorts am Eingang des Gebäudes.

Die kommenden Jahre werden, um mit Brecht zu sprechen, anstrengende Mühen der Ebene werden. Die wichtigste Aufgabe besteht jetzt darin, aus dem nach über acht Jahren Debatten und Geldsuche nun realen Erinnerungsort auch einen Erfolg zu kreieren, und zwar einen *erinnerungskulturellen* Erfolg: Der Ort ist nicht nur geografisch ganz am Rande, er ist auch institutionell randständig, denn die besondere Projekt- und Konfliktgeschichte der letzten acht Jahre hat dazu geführt, dass der „Historische Lernort Neulandhalle" letztlich vollständig außerhalb einer Mitwirkung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) und der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) konzipiert und realisiert wurde. Es ist Zeit, die in den letzten Jahren gekappten Vernetzungen wieder zu knüpfen. Mit der Entscheidung, die Bildungsarbeit vor Ort dem Verein Volkshochschulen in Dithmarschen zu überantworten, ist ein wichtiger Schritt getan, erste Gespräche mit der LAGSH haben stattgefunden.

Das künftige Aufgabenprofil ließe sich so umreißen: massive Anstrengungen zur Belebung und Aktivierung des Ortes, die schwach ausgeprägten Vernetzungen in die Landesszene von Gedenkstätten und Erinnerungsorten knüpfen und ausbauen, bestehende Vorbehalte in Neugier umwandeln. Man könnte auch sagen: offene Kommunikation, engagiertes Marketing und pragmatische Kooperationsbereitschaft. Sowohl BGSH als auch LAGSH sind dazu bereit.

Das Projekt ist das Ergebnis einer außerordentlichen geschichtspolitischen Kampagne, wie sie Schleswig-Holstein bis dato noch nicht gesehen hat.* Wenn nicht alles täuscht, benötigt der „Historische Lernort Neulandhalle" jetzt dringend eine integrative Fortsetzung dieser Kampagne – es genügt nicht, dass vor der Halle eine originelle Ausstellung steht. Sonst müssen wir in wenigen Jahren erneut über den „Problemfall hinterm Deich" (*Lübecker Nachrichten*) streiten.

Dr. Harald Schmid ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der BGSH, stellvertretender Vorsitzender der LAGSH sowie Mitglied im Sprecherrat des Forums der der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland. ◄

* Vgl. Harald Schmid: „Problemfall hinterm Deich". Der „Historische Lernort Neulandhalle" – ein schleswig-holsteinisches Erinnerungsprojekt zur ‚Volksgemeinschafts'-Ideologie, in: Detlef Schmiechen-Ackermann u.a. (Hrsg.): Der Ort der ‚Volksgemeinschaft' in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 459–485.

Demokratischen Grundwerten Geltung verschaffen. Gedenkrede am 4. Mai 2019 auf dem russischen Ehrenfriedhof Gudendorf

Reimer Möller

In diesen Tagen vor 74 Jahren endete die Herrschaft des Nationalsozialismus, nachdem sich die Rote Armee bis in den Garten der Reichskanzlei in Berlin, die US-Armee an den Alpenrand und die britische Armee bis auf den Rathausmarkt in Hamburg vorgekämpft hatten. Am 7. Mai 1945 marschierte die 7th armoured Division der britischen Armee auf der Reichsstraße 5 über die Kanalbrücke bei Grünenthal nach Dithmarschen ein. Für die rund 250 sowjetischen Soldaten, die auf diesem Friedhof begraben sind, kam die Befreiung zu spät. Sie haben ihre Kriegsgefangenschaft in Schleswig-Holstein nicht überlebt.

Da ja in der NS-Ideologie die Bevölkerung der Sowjetunion als große politische und „rassische" Gefahr galt, ließ die Wehrmacht ihre sowjetischen Kriegsgefangenen zunächst an Versorgungsmängeln zugrunde gehen. Dies auch in Norddeutschland, und zwar in den sogenannten „Russenlagern" der Lüneburger Heide Fallingbostel, dem Stammlager (Stalag) XI B, in Wietzendorf (Stalag X D, 310) und Oerbke (Stalag XI D, 421). Die Zahl der Opfer beläuft sich für Fallingbostel und Oerbke auf 30.000 bis 40.000 und auf 16.000 Tote für Wietzendorf.

Als das Scheitern der Offensive vor Moskau im Herbst 1941 weitere „Blitzkriegs"-Siege unmöglich machte, sahen sich die Verantwortlichen der NS-Führungsspitze zu einem Politikwechsel gezwungen. In dem sich abzeichnenden langen Abnutzungskrieg würde es auf die Leistungsfähigkeit der Kriegswirtschaft ankommen. Die äußerst gesteigerten Produktionsanforderungen an Industrie und Gewerbe einerseits und auf der anderen Seite die millionenfachen Einberufungen zur Wehrmacht sorgten aber für einen eklatanten Arbeitskräftemangel.

Um die Lücken zu schließen, wurden zwischen 11 und 14 Millionen ausländische Frauen und Männer aus den okkupierten Gebieten Europas als Zwangsarbeitskräfte nach Deutschland deportiert. Auch die Arbeitskraft der 4,5 Millionen Kriegsgefangenen galt nun als unverzichtbar und daher wurden Lebensbedingungen auch für die sowjetischen Gefangenen so eingerichtet und die Nahrungsmittelversorgung so bemessen, dass die Arbeitskraft erhalten bleiben konnte. Der Arbeitseinsatz der ausländischen Kräfte erfolgte flachendeckend auch in Schleswig Holstein. Dem Kriegsgefangenen-Mannschafts-Stammlager X A in Schleswig unterstanden bis zu 71.966 (1. Mai 1944) Gefangene, darunter bis zu 23.280 (1. Mai 1945) Angehörige der Roten Armee der Sowjetunion.

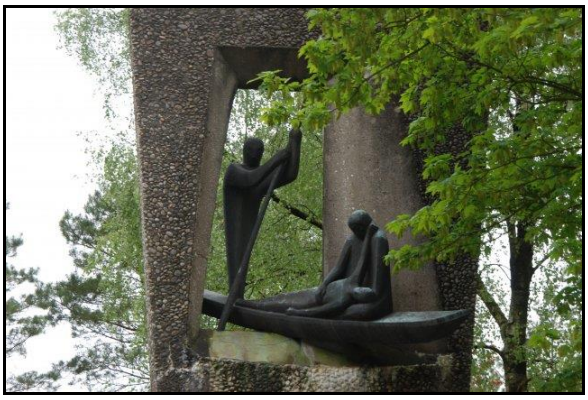
Dr. Reimer Möller am 4. Mai in Gudendorf.
Foto: Gundula Orth

Regionaler Schwerpunkt des Einsatzes sowjetischer Kriegsgefangener war seit November 1941 Dithmarschen. Da sie wegen der mörderischen Bedingungen in den Lagern in der Lüneburger Heide in schlechter körperlicher Verfassung waren, starben sie in großer Zahl. Darüber berichtete Ferdinand Diekmann, kommissarischer NSDAP-Kreisleiter des Kreises Süderdithmarschen und Bürgermeister in Meldorf, der NSDAP-Gauleitung in Kiel:

„Im Kreisgebiet sind bisher schon fast 1.000 Sowjetgefangene zum Einsatz gekommen … Die … sowjetischen Gefangenen bieten ein erschütterndes Bild. Dadurch, daß sie in unvernünftiger Weise das zur Verfügung gestellte Essen aufnehmen und dazu rohes Gemüse in unvernünftiger Weise vertilgen, ist bereits eine erhebliche Sterbezahl bei den Sowjetgefangenen zu verzeichnen. Bisher beträgt diese Zahl wohl schon etwa 10 %. Es handelt sich hier nicht um seuchenhafte Krankheiten, sondern die Gefangenen verenden an der Kostveränderung… . Es wäre doch wohl besser, wenn für den Arbeitseinsatz bereitgestellte Sowjet-Russen auch in solchem Zustand übergeben würden, daß sie hier nicht in einer so erheblichen Zahl verenden. Dies geschieht doch sicherlich besser in den Massenlagern. Trotzdem die Bevölkerung einen Haß gegen die Sowjet-Russen in sich trägt, wirkt sich das Sterben dieser Russen stimmungsmäßig nicht günstig aus."

Das Verb „verenden" bezeichnet im gängigen Sprachgebrauch das Sterben von Vieh und nicht von Menschen. In seiner Wortwahl zeigte sich Ferdinand Diekmann als radikal inhumaner antirussischer Rassist. Sein Hass war eliminatorisch; gegen das Massensterben sowjetischer Gefangener an sich hatte er nichts. Es solle nur besser abgeschirmt stattfinden. Sonst müsse man um die NS-konforme politische Stimmung in Dithmarschen fürchten. Das heißt immerhin, dass er nicht davon ausging, dass die Dithmarscher Bevölkerung seinen Rassenhass in seiner mörderischen Qualität teilte.

In anderen Gegenden Schleswig-Holsteins war die Sterblichkeit der sowjetischen Kriegsgefangenen gleichfalls herausragend hoch. Deshalb richtete die Wehrmacht das zentrale „Erweiterte Krankenrevier Heidkaten" bei Kaltenkirchen ein, das im April 1944 nach Gudendorf verlegt wurde. In dieses Krankenrevier wurden alle sowjetischen Kriegsgefangenen aus Schleswig-Holstein eingeliefert, wenn sich schwerere Gesundheitsprobleme zeigten. Bekannt gemacht hat diese Einrichtung Gerhard Hoch. Sein Artikel ist 1985 erschienen. Angesichts der Massengräber beim Lagergelände charakterisierte Hoch das „Erweiterte Krankenrevier" als „Sterbelager".



Das Denkmal von Siegfried Assman (Ausschnitt).
Foto: Initiative Blumen für Gudendorf

Seitdem russische Archive zugänglich sind, konnten neue Quellen ausgewertet werden, die Kriegsgefangenen-Personalkarteikarten der Wehrmacht, die die US-Armee erbeutet und der Roten Armee übergeben hatte, und eine namentliche Aufstellung der Roten Armee vom November 1945, in der 1.500 Soldaten verzeichnet sind, die von 1941 bis 1945 im Bezirk des Stalag XA Schleswig verstorben sind. Daraus ergab sich, dass in Heidkaten 450 Rotarmisten gestorben sind, die große Mehrheit zwischen Dezember 1941 und April 1942. In den drei Jahren danach war die Sterblichkeit in Heidkaten und nach der Verlegung hier in Gudendorf verhältnismäßig gering. Das heißt, dass die Charakterisierung des Erweiterten Krankenreviers Heidkaten als „Sterbelager" für die ersten fünf Monate zutrifft, für die folgenden drei Jahre aber nicht mehr.

Auch hier in Gudendorf kam es wegen fehlender Quellen zu falschen Annahmen. In Unterlagen des Landesinnenministeriums war die Rede davon, auf diesem Friedhof seien mehr als 3.000 Tote bestattet. Das Landesamt für Bodendenkmalpflege hat hier vor einigen Jahren nach Hinweisen aus der Bevölkerung Verdachtsflächen sondiert, um Massengräber zu finden. Gefunden wurde keins. Die erwähnte sowjetische Namensaufstellung vom November 1945 führt 34 Gudendorf-Tote auf.

Die erste Ehrengrabanlage, die hier im Sommer 1945 angelegt wurde, hatte 44 Grabhügel. Überlegungen zu Umbettungen aus vereinzelten Kriegsgräbern auf zentrale Ehrenfriedhöfe gab es in der Landesregierung in Kiel seit 1952. In Gudendorf sollte der zentrale russische Ehrenfriedhof entstehen. Im November 1960 waren 248 Umbettungen hierher beendet.

Allein 80 Exhumierte stammten aus Broweg, heute Gemeinde Risum-Lindholm im Kreis Nordfriesland. Das dortige Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 1023 war für Unteroffiziere der Roten Armee bestimmt, die auf Einhaltung der Genfer Kriegsgefangenenkonvention bestanden. Danach hätten sie nicht zu körperlicher Arbeit gezwungen werden dürfen, aber genau das geschah in Broweg. Nach Heidkaten ist es die Kriegsgefangeneneinrichtung in Schleswig-Holstein mit der zweitgrößten Sterblichkeit.

1961 wurden hier in Gudendorf die Gartenbauarbeiten erledigt und das Denkmal aufgestellt. Siegfried Assmanns Skulptur zeigt den Fährmann Charon, der die Seelen der Toten über den Acheron, den Fluss des Leides und des Schmerzes, übersetzt. Über den Beweggrund dieser Motivwahl schrieb das Innenministerium in Kiel: „Für die Form des Mals wurde, um nicht russische Embleme oder andere Zeichen der russischen Wehrmacht" – so heißt es in der Quelle – „verwenden zu müssen, bewußt ein neutraler Begriff der griechischen Mythologie gewählt."

Mit der Einweihung am Volkstrauertag 1964 war, wie das Innenministerium an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge schrieb, das Ziel erreicht, den „Toten – Angehörigen der verschiedenen Nationen, Soldaten und Zivilisten, die Opfer des Krieges geworden sind – in dem ihnen gebührenden würdigen Rahmen dauernde Ruhe finden. Den Toten zur Ehre, den Lebenden zur Mahnung!" Damit wurde die deutsche Nachkriegsgesellschaft einbezogen und die Erinnerung mit friedenspädagogischen Zielen verknüpft.

Über Inhalte des Gedenkens entwickelte sich hier ebenso wie auf nationaler Ebene ein breiter politischer Konsens erst nach und nach. Bundespräsident Richard von Weizsäckers Rede zum vierzigsten Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1985, in der er sich für kritische und selbstreflexive Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und Schuld aussprach, war ein Meilenstein.

Heute, 74 Jahre nach der Befreiung, steht unsere Gesellschaft anders unter Druck als zu von Weizsäckers Amtszeit. Überall in Europa verlieren die etablierten liberal-konservativen und sozialdemokratischen Parteien ihre Bindekraft. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien ziehen in die Parlamente ein. Antisemitische und andere gruppenbezogene feindselige Einstellungen nehmen zu.

Es ist wichtig, an diesem Tag an NSDAP-Kreisleiter Diekmanns Rassismus zu erinnern und daran, dass die von seiner Partei angeleiteten Exekutivorgane des Staates die Menschenwürde der sowjetischen Gefangenen fundamental missachtet haben. Die besonders bösartige Programmatik dieser Partei hat Millionen Opfer gefordert – darunter die Toten, die her bestattet sind.

Als Konsequenz aus der deutschen Geschichte lautet seit 1949 Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar." Die Wertvorstellungen unseres Grundgesetzes und des Grundrechtekatalogs der Weimarer Reichsverfassung hatten gerade hier in Dithmarschen besonders wenige Anhänger. Bei der Reichstagswahl im Juli 1932 entschieden sich 78,7 Prozent der Gudendorfer für die NSDAP, im Kreis Süderdithmarschen entfielen 59,8 Prozent auf diese Partei.

Es gibt heute besondere Veranlassung – und gerade bei diesem Traditionserbe –alles zu tun, demokratischen Grundwerten Geltung zu verschaffen.

Dr. Reimer Möller ist Leiter des Archivs der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. ◄

20 Jahre Trägerverein KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen – Was macht einen Ort zum „Ort"?

Uta Körby

Vor zwanzig Jahren, am 5. Juli 1999, wurde der Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen im Ratssaal der Stadt Kaltenkirchen gegründet. Vorausgegangen war eine lange Debatte mit Vertretern der Stadt Kaltenkirchen und des Kreises Segeberg um die Übernahme einer Trägerschaft für den Ort des ehemaligen Außenlagers des KZ Neuengamme. Da die damaligen politischen Verantwortlichen dies ablehnten, sah sich der kleine Kreis um den Bibliothekar und Historiker Gerhard Hoch gezwungen, einen privatrechtlichen Verein zu gründen. Ausschlaggebend hierfür war die Überlegung, dass auf andere Art und Weise keine finanziellen Mittel einzuwerben wären. Ein eingetragener Verein hingegen konnte Sponsoren ansprechen und Spendenquittungen ausstellen.

Wiewohl unserer Initiative entgegen den üblichen Usancen der Ratssaal der Stadt Kaltenkirchen für die offizielle Gründungsveranstaltung zur Verfügung gestellt worden war, gab es um die Namensfindung kontroverse Debatten. Ratsmitglieder störten sich an der Bezeichnung „KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen" und argumentierten, dass der Ort nicht auf dem Gebiet von Kaltenkirchen liege, sondern zu der kleinen Gemeinde Nützen gehöre. Mit Verweis auf die historische Bezeichnung „KZ-Außenkommando Kaltenkirchen" konnten wir uns aber durchsetzen. Man einigte sich schließlich auf die etwas umständliche, aber sachlich zutreffende Namensgebung *Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch.* So wurde der Verein in das Vereinsregister eingetragen und erhielt die Gemeinnützigkeit.

Sicherung des Ortes

Von einer KZ-Gedenkstätte konnte zu dem Zeitpunkt allerdings noch nicht die Rede sein, sie musste überhaupt erst geschaffen werden. Dazu war zunächst die Sicherung und Gestaltung des Ortes notwendig. Was aber war der „Ort"? Nach Aktenlage war die Existenz eines KZ-Außenkommandos von Neuengamme zwar bekannt. Es war im August 1944 in Baracken der Luftwaffe an der Reichsstraße 4 (heute Bundesstraße 4) circa drei Kilometer südlich von Lentföhrden in Springhirsch eingerichtet worden und bestand bis zur Räumung unmittelbar vor Kriegsende am 16. April 1945.

Zweck des Lagers war die Verlängerung der Start- und Landebahnen des Militärflugplatzes in der Kaltenkirchener Heide, die für den geplanten Einsatz einer neuen „Wunderwaffe", des innovativen düsengetriebenen Flugzeugs ME 262, notwendig war. Dazu wurden von der Wehrmacht Häftlinge aus dem KZ Neuengamme als billige Arbeitskräfte angefordert, die die SS per Bahntransport mit der Regionalbahn AKN lieferte. Sinnigerweise hieß die Station „Hoffnung", ab der die Häftlinge zu Fuß etwa fünf Kilometer zu dem neu eingerichteten Lager getrieben wurden.

Die drei Baracken waren durchschnittlich mit 500 Häftlingen belegt, bei ‚Ausfällen' wurde ‚nachgeliefert'. Mindestens 230 Todesfälle sind in den nur acht Monaten, in denen das Lager betrieben wurde, nachgewiesen. Es ist das große Verdienst von Gerhard Hoch, dem Nestor der Regionalgeschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, dass er akribisch unter anderem die Geschichte des früheren Lagers erforscht und dem Vergessen entrissen hat. Für seine umfangreichen Forschungen verlieh ihm die Universität Flensburg 2004 die Ehrendoktorwürde, darüber hinaus erhielt er zahlreiche weitere Ehrungen.

In den 1990er-Jahren bestand das ehemalige Lagergelände aus einem nach 1945 entstandenem Wald, hauptsächlich Wildwuchs von Kiefern und Unterholz. Die Baracken waren in den sechziger Jahren auf Betreiben der Bundeswehr, die das gesamte Gebiet als militärisches Übungsgelände nachnutzte (heute im Besitz der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, BIMA) vollständig geschliffen worden.

In der Nachkriegszeit hatten sie der Unterbringung von deutschen Flüchtlingen aus den Ostgebieten des früheren Deutschen Reiches gedient.

Nichts erinnerte mehr an das Lager, an NS-Gewaltherrschaft, an Leiden und Tod durch unmenschliche Arbeitsbedingungen. Das Lager war „aus dem kommunalen Gedächtnis" verschwunden (so der Titel des 2011 veröffentlichten Sammelbandes „Das Lager verschwand aus dem kommunalen Gedächtnis", hrsg. von Prof. Dr. Ludwig Fromm und Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, siehe darin das ausführliche Interview von Lars Thode mit mir).

Freigelegte Überreste der Latrinenbaracke.
Fotos: Uta Körby/KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Die ‚Erinnerung' musste dem verwilderten Gelände buchstäblich abgerungen werden. 1994 hatten Gerhard Hoch und seine Frau Gesa im Waldboden eine Betonplatte entdeckt und freigeräumt. Zwei Öffnungen darin ließen vermuten, dass es sich um die Abflüsse einer Kücheneinrichtung handelte. Die Örtlichkeit passte zu den Recherchen, die Gerhard Hoch angestellt und bereits 1979 in seinem Buch „Hauptort der Verbannung. Das KZ-Außenkommando Kaltenkirchen" publiziert hatte. Der mit Spenden finanzierte Einsatz eines kleinen Baggers führte in Verbindung mit der einzigen vorhandenen Luftbildaufnahme des Lagers durch die Royal Air Force vom 25. Dezember 1944 zur Freilegung der Überreste der früheren Latrinenbaracke. Dies ist bis heute das einzige Bodendenkmal der Gedenkstätte.

Ein Rundweg wird angelegt (oben) und Hauptschüler arbeiten auf der Gedenkstätte.

Zur Erläuterung der Geschichte des Geländes wurden zwei Hinweistafeln aufgestellt. Mit Hilfe von Schulklassen aus Kaltenkirchen und Barmstedt wurde das Gelände vom Unterholz befreit und die Grundrisse der Baracken mit weißen Holzlatten markiert. In den Folgejahren entstand in einzelnen Abschnitten – immer abhängig davon, ob dafür finanzielle Mittel bereitstanden – ein schmaler befestigter Rundweg, der rings um den früheren Appellplatz herumführte. Stationen waren dabei von dem Bildhauer Ingo Warnke aus Preetz gestaltete Skulpturen, die verschiedene Bereiche des Lagerlebens symbolisierten (Hungertisch, Folterstein, Leichenablage).

Damit war ein würdiger Gedenkort geschaffen, den in der Anfangszeit noch einige wenige überlebende Häftlinge erleben konnten und der mittlerweile von den Angehörigen der zweiten und dritten Generation aufgesucht wird. Die *Amicale Internationale KZ Neuengamme*, die Vereinigung der ehemaligen Häftlinge von Neuengamme und ihrer Angehörigen, organisiert regelmäßig einmal im Jahr auf ihren Rundreisen Besuche in früheren Außenlagern. Dies sind durchaus Höhepunkte für die Mitglieder des Trägervereins, die sich um die hauptsächlich aus Frankreich und den Niederlanden stammenden Besucher kümmern.

Kranzniederlegung der Amicale Internationale KZ Neuengamme.

Doch mit der Gestaltung des Ortes zu einem Gedenkort war noch keine ausreichende rechtliche Sicherung der Gedenkstätte gegeben. Eigentümerin des Geländes sind nicht der Trägerverein oder die Kommunen, sondern die Flughafen Hamburg GmbH (FHG). Seit den 1960er-Jahren war vorgesehen, im Raum Kaltenkirchen einen Großflugplatz als Ersatz für Hamburg-Fuhlsbüttel zu errichten. Das Projekt war aber in den 80er-Jahren nicht zuletzt durch Bürgerproteste zum Erliegen gekommen, die aufgekauften Flächen wurden nur teilweise durch Verpachtung landwirtschaftlich genutzt.

Die in dieser Zeit einsetzenden Aktivitäten um den historischen Ort des ehemaligen Lagers wurden von der FHG eher wohlwollend betrachtet. Dies änderte sich jedoch nach der Teil-Privatisierung der FHG Anfang der 2000er-Jahre. Nun war die Organisation bestrebt, das arrondierte Gebiet für die Shareholder profitabel zu nutzen. Im Gespräch waren beispielsweise die Einrichtung eines Vergnügungsparks oder zuletzt die Errichtung von 80 Meter hohen Windkraftanlagen. Dem Trägerverein wurde erstmals ein Pachtvertrag vorgelegt, der nicht nur eine jährliche Pacht in Höhe 2.000 Euro vorsah, sondern vor allem eine Befristung des Pachtverhältnisses auf fünf Jahre und den fälligen Rückbau von allen auf dem Gelände errichteten Anlagen.

Zur Bewahrung des historischen Ortes bemühte sich der Trägerverein um eine vollständige Unterschutzstellung mit Grundbucheintragung durch den Denkmalschutz. Dies führte zu einer äußerst kontroversen, über zwei Jahre anhaltenden Auseinandersetzung mit dem Airport Hamburg als Grundstückseigentümerin. Geschlichtet wurde der Streit letztendlich erst auf höchster politischer Ebene durch das Eingreifen von Peter Harry Carstensen, dem damaligen CDU-Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. Seitdem besteht Denkmalschutz für das ehemalige Lagergelände. Bei der Erweiterung der Gedenkstätte und allen baulichen Maßnahmen sind aber nach wie vor die gegebenen Eigentumsverhältnisse zu berücksichtigen.

Vom Gedenkort zum Lernort: Bauliche Voraussetzungen

Von Anfang an war es das Ziel des Trägervereins gewesen, mit dem Gedenkort pädagogisch und gesellschaftlich wirksam zu werden. Noch aber fehlten die Voraussetzungen für eine Vermittlungsarbeit vor Ort. Die erste Ausstellung zur Geschichte des Lagers anlässlich der Einweihung der Gedenkstätte am 30. April 2000 fand noch in einem von dem Technischen Hilfswerk geliehenen Zelt statt. Erst durch die Aufstellung eines gebrauchten Bürocontainers konnte 2001 auf kleinstem Raum eine Dauerausstellung in zwei Fächerständern gezeigt werden. Die Finanzierung gelang dem Verein durch das Preisgeld des Marion Samuel-Preises, den Gerhard Hoch von der „Stif-

tung Erinnerung" im Jahr zuvor erhalten hatte.

Das erste kleine Container-Dokumentenhaus.

Dies war der Beginn einer kontinuierlichen pädagogischen Arbeit. Eine wesentliche Steigerung für die Arbeit mit Schulklassen und anderen Besuchergruppen ermöglichte der Ankauf von fünf weiteren, mittels Spendenaufrufe finanzierten Containern. Durch den erheblichen Arbeitseinsatz von engagierten Mitgliedern des Trägervereins wurden die Container 2007 zu einem hellen, freundlichen Ausstellungs- und Versammlungsraum umgebaut. Erst seitdem kann der Trägerverein Veranstaltungen für ein größeres Publikum auf der Gedenkstätte anbieten – mit ausreichend Sitzplätzen und sanitären Anlagen. Erste Versammlungen hatten noch unter freiem Himmel stattfinden müssen.

Mittlerweile gibt es Planungen für eine Erweiterung der Ausstellungsfläche: Ein Anbau soll die zukünftige Ausstellung zum Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Nachkriegszeit aufnehmen. Ein verbindender Mittelteil, eine Glaskonstruktion für den Eingangsbereich, ist bereits 2017 eingeweiht worden.

Merkmal: Zusammenarbeit mit Schulen, Universität und Kunsthochschule

Ein begünstigender Umstand für die Gedenkstätte Kaltenkirchen war es von Anfang an, dass die Vorstandsarbeit überwiegend von Lehrern und Lehrerinnen getragen wurde. Dadurch waren (und sind) viele Schulen aus dem Umland der Kreise Segeberg und Pinneberg einbezogen. Und zwar alle Schularten – auch dies eine Besonderheit – vom Gymnasium über Gesamtschulen, Real- und Hauptschulen bis hin zu Förderschulen (nach den Kategorien des damaligen getrennten Schulsystems).

Polnische Austauschschülerinnen vor mit Namen von Lagerhäftlingen beschrifteten Steinen.

Mit Schülerinnen und Schülern wurde beispielsweise das Gelände vom Gestrüpp befreit, ein Teil der alten Lagerstraße freigelegt, die Grundrisse der Baracken vermessen, die Holzleisten als Markierung angebracht und gestrichen, Modelle des Lagers angefertigt, Steine mit den Namen der im Lager umgekommenen Häftlinge beschriftet. Die praktische Arbeit vor Ort führt zu ganz anderen Fragestellungen zum historischen Geschehen und einer ganz anderen Motivation als dies gemeinhin im Klassenraum geschieht.

Aus Raumnot: Open-Air-Mitgliederversammlung des Vereins 2006.

Sehr fruchtbar erwies sich auch die Zusammenarbeit mit Studierenden der Muthesius-Kunsthochschule und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und ihren Professoren. Über mehrere Semester hinweg erarbeiteten Studentinnen und Studenten aus dem Didaktischen Seminar von Prof. Karl Heinrich Pohl Vorschläge für die Gestaltung der Außenanlage, die in Form von Hinweistafeln verschiedene Aspekte des Lagerlebens über einen biografischen Ansatz für die Besucher verdeutlichen. Die Studierenden der Muthesius-Kunsthochschule unter Leitung von Prof. Ludwig Fromm entwickelten Ideen für eine Szenografie in Gedenkstätten, die medial als Film oder Hörstation umgesetzt wurden. Die Ergebnisse ihrer Arbeit präsentierten die Beteiligten 2009 vor über 90 anderen Studierenden und Oberstufenschülern.

Aus der engen Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Kaltenkirchen hat sich über Jahre hin das „Kaltenkirchener Modell" entwickelt, dessen Merkmal in dem *peer-teaching (Schüler führen Schüler)* besteht (Näheres dazu siehe hier).

Über die Gedenkstätte hinaus hat sich die Gestaltung des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar im Ratssaal der Stadt Kaltenkirchen etabliert. In Zusammenarbeit mit Gymnasien in anderen Städten sind Projekte im Rahmen des Wettbewerbs „Denkmal aktiv" entstanden, die neue partizipative Lernwege in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Vor- und Nachgeschichte eröffnen.

Fazit

Exemplarisch für andere Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein lässt sich am Beispiel von Kaltenkirchen zeigen, wie mühevoll – aber auch erfolgreich – der Weg zum Aufbau einer Gedenkstätte ist. Es müssen unterschiedliche Faktoren zusammenkommen, um aus einem Ort eine Gedenkstätte zu machen: Forschungsergebnisse über den historischen Ort, die Bewahrung des Ortes vor anderweitiger Nutzung, die Zugänglichkeit und Gestaltung des Geländes, geeignete Baulichkeiten für die Präsentation einer Dauerausstellung, haupt- oder ehrenamtliches Personal für gesicherte Öffnungszeiten und Angebote zur Vermittlungsarbeit. All dies hat sich in Kaltenkirchen glücklich gefügt und in den vergangenen zwanzig Jahren zu einer beständigen Weiterentwicklung geführt, die noch lange nicht am Ende ist. Das Entscheidende für einen Ort aber ist die Bereitschaft von Menschen, sich für die Bewahrung der Erinnerung einzusetzen, den Ort zu gestalten und lebendig zu halten.

Der gesellschaftliche Wandel hat zu einer Veränderung in der Wahrnehmung von Gedenkstätten geführt: Waren wir zu Beginn – noch bis in die Jahrtausendwende hinein – Vertreter von Orten einer unliebsamen Erinnerung, die vielfach mehr oder minder versteckt abgelehnt und als ‚Nestbeschmutzer' empfunden wurden, so erfahren wir inzwischen öffentliche Anerkennung und Ehrungen. Wir sind vom marginalisierten Rand der Gesellschaft in die vorzeigbare Mitte gerückt, die gern präsentiert wird. Dieser unbestrittene Erfolg führt zu neuen Herausforderungen, die sich in den Anfangszeiten so nicht stellten: Waren wir uns doch sicher in der Rolle des „Stachels im Fleisch der Gesellschaft" , so müssen wir uns heute fragen, wo dieser aufklärerische Stachel sitzt, wozu und wie er von den Gedenkstätten aus wirksam werden kann.

Uta Körby, Studienleiterin a.D., ist Gründungsmitglied des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und gehörte dem Vorstand in verschiedenen Funktionen an. Von 2004 bis 2013 war sie Vorsitzende des Trägervereins und arbeitet seitdem weiterhin als Beisitzerin im Vorstand mit. Sie ist Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. ◄

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager"

Die Gedenkstätten zur Erinnerung an Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus organisieren sich neben bundesweiten übergreifenden Interessenvertretungen wie dem Forum der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland und der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland auch in speziellen Facharbeitsgruppen. So besteht seit 1998 etwa die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken, seit 2000 die AG Gedenkstättenpädagogik, schon 1983 hat sich der Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie" und Zwangssterilisation gegründet.

Nun haben sich im März 2019 im Berliner Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors" mehrere Gedenkstätten zu einer weiteren Kooperation zusammengefunden, der Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager (AGGOK).

Gründungsmitglieder der neuen Arbeitsgemeinschaft sind folgende Einrichtungen und Initiativen: Lernort Kislau, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (beide Baden-Württemberg), KZ-Gedenkstätte Dachau (Bayern), Stiftung Topographie des Terrors, Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße (beide Berlin), Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen (Brandenburg), Gedenkstätte Breitenau (Hessen), Gedenkstätte Esterwegen, KZ-Gedenkstätte Moringen (beide Niedersachsen), Gedenkstätte KZ Osthofen, Gedenkstätte für NS-Opfer in Neustadt/Weinstraße (beide Rheinland-Pfalz), Geschichtswerkstatt Sachsenburg in Frankenberg (Sachsen), Gedenkstätte KZ Lichtenburg-Prettin (Sachsen-Anhalt) und für Schleswig-Holstein die Gedenkstätte Ahrensbök.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme errichtete das neue Regime 1933 deutschlandweit circa 100 frühe Konzentrationslager (früher „wilde" KZs genannt). Mit dieser Form des Terrors schalteten die neuen Machthaber ihre politischen Gegner aus, demonstrierten ihre Bereitschaft zur Gewalt und festigten so ihre Herrschaft. Viele Lokalzeitungen berichteten über die Lager. Auch in Schleswig-Holstein entstanden solche Orte der Repression: in Ahrensbök, Altona, Eutin, Falkenriedt, Glücksstadt, Rickling/Kuhlen, Wandsbek und Wittmoor. Im Herbst 1933, spätestens Anfang 1934 wurden das Gros der frühen KZs wieder aufgelöst, nun begann der systematische Aufbau des KZ-Systems durch die SS.

Gedenkstätten und Erinnerungsorte machen heute diese einzigartigen historischen Orte sichtbar und dokumentieren, wie schnell und rücksichtslos der Übergang von einer Demokratie zu einer Diktatur verlaufen kann.

Die 15 Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten und Initiativen, die sich am 18. und 19. März erstmals zum Austausch zusammenfanden, verständigten sich auch auf Ziele der neuen Arbeitsgemeinschaft. Es soll vor allem um einen bundesländerübergreifenden Wissenstransfer gehen, ferner um die gegenseitige Unterstützung bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben sowie um den Austausch über die historisch-politische Bildungsarbeit.

Konkrete erste gemeinsame Projekte sind eine öffentliche Tagung sowie eine gemeinsame Ausstellung für das Jahr 2023, in dem sich die Machtübergabe an die Nationalsozialisten und mit ihr die Errichtung der ersten Konzentrationslager zum neunzigsten Mal jährt. Darüber hinaus soll schon im kommenden Jahr eine

pädagogische Handreichung für einen schulischen Projekttag zum Thema „Frühe Lager" präsentiert werden.

In Zeiten von grassierendem Nationalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und anderen Ländern Europas fällt den Bildungseinrichtungen an Orten früher Konzentrationslager eine besondere Verantwortung zu. Institutionen und Initiativen, die sich für eine Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft interessieren, sind herzlich eingeladen, mit Dr. Thomas Lutz, dem Leiter des an der Stiftung Topographie des Terrors angesiedelten Gedenkstättenreferats, Kontakt aufzunehmen: lutz@topographie.de. Das nächste Treffen der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft wird in Neustadt an der Weinstraße stattfinden. *(H.S./Topographie des Terrors)* ◄

IMPULS-Mittel der Landesregierung: 500.000 Euro für drei Erinnerungsorte

„Ein Impuls schafft Bewegung. Mit dem gleichnamigen Programm bewegen wir das Land", hat die schleswig-holsteinische Finanzministerin Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen) gesagt. Sie hat damit das IMPULS-Programm gemeint, das „Infrastrukturmodernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein". Dieses Ende 2015 geschaffene Sondervermögen des Landes dient insbesondere dem „Abbau des Sanierungsstaus" und soll „neu geplante Investitionen in die Infrastruktur des Landes" ermöglichen, wie es im betreffenden Landesgesetz heißt. Nun können sich auch schleswig-holsteinische Gedenkstätten über Mittel aus diesem „Topf" – und damit über „Bewegung" freuen.

Es kommt nicht jedes Jahr vor, dass hiesige Gedenkstätten mit beträchtlichen Mitteln größere anstehende Investitionen finanzieren können. 2019 ist ein solches Jahr, denn die Landesregierung hat aus dem IMPULS-Programm eine halbe Million Euro für bauliche Investitionen bereitgestellt. „Damit sollen insbesondere die Gedenkstätten in Ahrensbök, Kaltenkirchen und der Kieler Flandernbunker aufgewertet werden", sagte Kulturministerin Karin Prien (CDU) am 4. Juli anlässlich der Übergabe des Bewilligungsbescheids an die Gedenkstätte Ahrensbök: „Mit diesen Maßnahmen zur Qualitätssicherung profilieren sie sich weiter als zeitgemäße Erinnerungsorte."

Drei Einrichtungen können damit wichtige Vorhaben realisieren. Die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch wird mit den etwa 165.000 Euro Landesmitteln den zweiten Teil des 2016 begonnenen Erweiterungsbaus umsetzen, der für Ausstellung, Archiv und Sitzungsmöglichkeiten dienen wird. Vor allem soll ein Arbeitsplatz für die neu geschaffene hauptamtliche Leitungsstelle entstehen, ferner ausreichend Raum für die Präsentation einer Ausstellung zur „zweiten" Geschichte des historischen Ortes nach 1945 sowie ein attraktiverer Veranstaltungsraum für Vorträge, Gruppen- und Schulführungen geschaffen werden.

Einen anderen Investitionsstau will die Gedenkstätte Ahrensbök mit den rund 120.000 Euro abbauen, die sie vom Land erhält. Hier geht es darum, die Zufahrt und Parkmöglichkeiten neu und besucherfreundlicher zu gestalten. Derzeit verfügt der Trägerverein der Gedenkstätte nur über wenige, eher provisorische Stellplätze, die bei Regen kaum nutzbar sind. Überdies ist geplant, Parkplätze für Busse und Stellplätze für Fahrräder anzulegen sowie eine entsprechende Außenbeleuchtung zu installieren.

Eine wichtige Investition kann auch der Flandernbunker tätigen: Mit den vom Land bewilligten circa 172.000 Euro sollen die Zugänglichkeit verbessert und ein großer Schritt hin zur Barrierefreiheit umgesetzt werden. Dem Kieler Erinnerungs- und Veranstaltungsort fehlten bislang ein angemessener Vorplatz mit einem Eingangs- und Empfangsbereich, ein Aufzug, eine adäquate Beleuchtung und ein professionelles Bannersystem. Ziel ist es, das denkmalgeschützte Bauwerk rollstuhlgerecht und für gehbehinderte Menschen erreichbar umzugestalten. *(H.S./MBWK)* ◄

Die Zukunft der Vergangenheit Vermittlungsarbeit in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

Katja Happe

Am 8. Mai 2019, zum 74. Jahrestag des Kriegsendes, sendete der *Deutschlandfunk* eine Reportage unter dem Titel „Die Zukunft der Vergangenheit – Erinnerungskultur in den Zeiten des Rechtspopulismus". In dieser Sendung ging es darum, dass sich die „Grenzen des Sagbaren" verschoben haben. Große Gedenkstätten wie Sachsenhausen oder Bergen-Belsen haben immer wieder mit Störungen innerhalb von Führungen oder dem Versuch der politischen Einflussnahme durch rechtsgerichtete Gruppierungen und Organisationen zu kämpfen.

Dies alles geschieht an der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte in Ladelund, die ich seit Februar 2019 leite, nicht, zumindest habe ich es bisher bei meinen Führungen und in den Gesprächen mit Besuchern noch nicht erlebt. Das bedeutet im Gegenzug aber nicht, dass wir uns in kleinen Gedenkstätten oder insgesamt innerhalb der historischen Bildungsarbeit nicht mit dem Phänomen auseinandersetzen müssen und sollten.

Die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte in Ladelund ist die älteste Gedenkstätte zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. In nur sechs Wochen starben Ende 1944 300 Männer aus zwölf verschiedenen Nationen in dem KZ. Sie mussten bei schlechtem Wetter, eisiger Kälte und mangelhafter Versorgung Panzerabwehrgräben zum Schutz vor einer erwarteten Invasion aus dem Norden ausheben. Viele der Häftlinge und ein Drittel der Toten stammten aus dem niederländischen Ort Putten, aus dem der Großteil der männlichen Bevölkerung aus Rache nach einem Anschlag auf ein deutsches Militärfahrzeug verhaftet und deportiert worden war. Die deutschen Besatzer brannten den Ort zudem zu einem großen Teil nieder.

Nach dem Ende des Krieges – und das macht die Gedenkstätte in Ladelund zu etwas Besonderem – begann sehr schnell ein Austausch und die Arbeit an einer Versöhnung zwischen Ladelund und Putten. 1946 schrieb der Pastor aus Ladelund, Johannes Meyer, einen Brief an die Angehörigen der Toten und lud sie zum Trauern und Gedenken an die Gräber ihrer Verstorbenen nach Ladelund ein. Im Jahr 1950 kam dann die erste Gruppe aus Putten nach Ladelund. Dieses Datum gilt als Beginn der Gedenkarbeit hier in Ladelund. In den folgenden Jahren intensivierte sich der Kontakt vor allem mit den Niederlanden. Ladelunder besuchten Putten zum Gedenken an den Anschlag und die Razzia im Dorf am 2. Oktober 1944, Jugendbegegnungen fanden statt. Seitdem herrscht ein reges „Kommen und Gehen" zwischen beiden Orten.

Dr. Katja Happe. – *Foto: Fabian Birke*

Die Versöhnungs- und Gedenkarbeit mit Putten hat für die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund eine große Bedeutung. Unter anderem durch diese Verbindung und die Bekanntheit, die die Gedenkstätte auch in den Niederlanden, vor allem in der Region um Put-

ten genießt, kommen viele Besucher aus den Niederlanden in die Gedenkstätte. Oft sind sie auf dem Weg in den Urlaub nach Dänemark oder sie verbringen Zeit in Nordfriesland und nutzen die Gelegenheit, Ladelund einen Besuch abzustatten. Und wir freuen uns immer, Gäste aus den Niederlanden hier zu haben.

Und ich freue mich besonders, immer mal wieder Niederländisch reden zu können. Ich habe eine Zeitlang an der Rijksuniversiteit Groningen studiert, war danach öfters zu Recherchezwecken in Amsterdam, habe in den Niederlanden viele Freunde und beschäftige mich als Historikerin seit langem mit der Erforschung der Besatzungszeit in den Niederlanden und dem Verlauf der Judenverfolgung dort. Das Thema der „Judenverfolgung" spielt für meine Arbeit in Ladelund keine Rolle, da hier im KZ keine Juden inhaftiert waren, meine Kenntnisse über die Besatzungszeit, der Ereignisse in Putten und meine Beherrschung der niederländischen Sprache, erleichtern mir die Arbeit hier und den Kontakt mit niederländischen Gästen enorm.

Natürlich verfolge ich die politischen Entwicklungen in den Niederlanden sowie die Museums- und Gedenkstättenarbeit dort. Vor kurzem ist z.B. der Leiter des Erinnerungszentrums Westerbork, Dirk Mulder, in Ruhestand gegangen. Er berichtet in einigen Interviews (unter anderem in der *Volkskrant* am 24.5.2019) über seine Erfahrungen in 30 Jahren, zieht Bilanz und betont die wichtigen Punkte in der Gedenkstättenarbeit.

Zwei Punkte, die er herausstellt, sind auch für die Arbeit in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund von großer Bedeutung. Zum einen geht es darum, den Angehörigen auch der zweiten und dritten Generation zu vermitteln, wo und unter welchen Umständen ihr Großvater oder Urgroßvater gestorben ist und ihnen einen Ort zum Trauern und Erinnern zu schaffen. Dabei geht es auch um die Möglichkeit, an den Gräbern trauern zu können, aber auch darum, die Orte, an denen ihren Familienmitgliedern schreckliches Leid zugefügt wurde, selbst zu sehen und ein Gefühl für die historischen Stätten und die Ereignisse, die sich dort abgespielt haben, zu entwickeln.

Das KZ Ladelund muss es dazu gar nicht mehr im Originalzustand geben, ein Gedenkstein am ehemaligen Lagergelände und ein Modell des Geländes in der Ausstellung erfüllen in vielen Fällen denselben Zweck. Und auch der wiederhergestellte Abschnitt des Panzerabwehrgrabens – auch wenn er ganz sicher nicht mehr so aussieht wie im Winter 1944 – erzeugt Emotionen und macht zusammen mit der Ausstellung im Dokumentenhaus deutlich, unter welchen Bedingungen und zu welcher Arbeit die Männer damals gezwungen wurden. Außerdem liegen ganz in der Nähe des Dokumentenhauses die Gräber der 300 im KZ Ladelund getöteten Männer. Sie sind essentieller Bestandteil der Gedenkstätte und neben dem Abschnitt des Panzerabwehrgrabens und dem Gedenkstein am ehemaligen Lagergelände die deutlichste und augenscheinlichste Erinnerung an die Ereignisse im KZ Ladelund. Sie bieten noch heute Angehörigen der Opfer einen Ort zum Trauern und Gedenken. Besucher gehen immer auch zum Gräberfeld, das auch innerhalb der Vermittlungsarbeit bei Führungen einen wichtigen Platz in der Arbeit der Gedenkstätte einnimmt.

Die Emotionen, die an allen beschriebenen Orten bei vielen Besuchern hervorgerufen werden, bedeuten in den meisten Fällen nicht, dass entweder die Guides oder die Besucher in Tränen ausbrechen. Emotionen bedeuten hier vielmehr ein Verständnis und ein Erkennen dessen, was in der Vergangenheit geschehen ist. Und im besten Fall setzt damit gleichzeitig ein Nachdenken über die Verhältnisse der heutigen Zeit ein.

Und damit wären wir beim zweiten Punkt, den Dirk Mulder als essentiell in seinem Verständnis von Gedenkstättenarbeit nennt, nämlich den Bezug zur Gegenwart. Da Westerbork als Durchgangslager für Juden aus den Niederlanden bei ihrer Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager im Osten genutzt wurde, versuchte er, bei Führungen Fra-

gen zu stellen und Gespräche anzuregen, zum Beispiel darüber, wie wir heute mit Menschen umgehen, die vor Unterdrückung fliehen. Er hebt die Bedeutung des Wortes „Freiheit" hervor und macht deutlich, welchen Wert Freiheit für alle Menschen heute hat. Vor allem, weil mit Freiheit auch die Freiheit zum Protest, zur Kritik und zum Andersdenken gemeint ist. Gerade im Vergleich zur Vergangenheit wird deutlich, warum Menschen sich für die Freiheit jedes einzelnen einsetzen sollten.

Die Gedenkstättenleiterin (r.) mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Neuengamme-Außenlagertagung am 16. März in Ladelund.
Foto: Dr. Harald Schmid

Auch bei der Vermittlungsarbeit in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ist eine der zentralen Aufgaben, mit Besuchern Parallelen von der Vergangenheit in der Gegenwart zu suchen. „Freiheit" ist auch hier ein zentraler Begriff, ebenso aber auch „Würde" (nach Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.") und „Respekt". Immer wieder stelle ich Besuchern auch die Frage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?" Das Reden über die Vorzüge eines Lebens in einem Rechtsstaat und in einer demokratischen Gesellschaft, besonders im Vergleich zur totalitären Herrschaft in der Zeit des Nationalsozialismus, fördert das Nachdenken über die eigene Haltung in der heutigen Zeit.

Und wenn jüngere Besucher oder Gruppen, die den Besuch der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund hauptsächlich als eine Zeit sehen, in der sie nicht die Schulbank drücken müssen, durch Vergleiche mit der Vergangenheit und Gesprächen über wichtige Werte innerhalb des gesellschaftlichen Zusammenlebens dazu angeregt werden, genau über diese Punkte nachzudenken und ihre eigene Haltung zu reflektieren, dann habe ich meine Aufgabe gut gemacht.

Als Historikerin – und das bin ich mit Leib und Seele – liegt mir das Wissen über die Vergangenheit am Herzen. Aber damit ist es nicht getan. Es geht um so viel mehr. Reines Wissen über die Ereignisse und das Geschehen der Vergangenheit reicht nicht. Aber mit dem Wissen über das Vergangene kann ich vielleicht besser verstehen oder zumindest darüber nachdenken, wie ich mich heute verhalten sollte und welche Werte für mich persönlich wichtig sind. Und genau daran arbeiten viele Mitarbeiter und Ehrenamtler der Gedenkstätten im ganzen Land bei ihren Führungen und Vermittlungsangeboten. Unser Verhalten und unsere Einstellungen heute und in der Zukunft liegen (auch) in der Vergangenheit begründet. Das Wissen darüber, was damals geschehen ist, macht uns im besten Fall aufmerksam für aktuelle Entwicklungen. Und genau deshalb hat die Zukunft auch immer eine Vergangenheit, und es ist wichtig, dass wir genau daran arbeiten.

Dr. Katja Happe ist seit Februar 2019 Leiterin der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund. ◄

„Mutig und selbstbewusst" auf aktuelle Herausforderungen reagieren. Marc Czichy ist Leiter der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

„Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur Erinnerung an die NS-Zeit nehmen meines Erachtens eine Schlüsselfunktion bei der Sicherung und – wenn nötig – bei der Verteidigung der demokratischen Kultur der Bundesrepublik ein. Mit meiner Tätigkeit in der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen hierzu einen Beitrag leisten zu können, ist sowohl persönliche als auch politische Motivation." Das sagt Marc Czichy. Er ist seit dem 1. Juli 2019 Leiter der

KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch. Erstmals in ihrer Geschichte wird die Gedenkstätte nun hauptamtlich geleitet. Mit dem 46-jährigen Czichy konnte der Trägerverein einen erfahrenen und kompetenten Historiker und Projektmanager gewinnen – und ist damit gut gerüstet für die anstehenden Vorhaben.

Der neue Gedenkstättenleiter mit ehemaligen und neuen Vorständlern (v.l.): der bisherige Vorsitzende Uwe Czerwonka, Marc Czichy, Hans Werner Berens und der neue Vorsitzendes des Trägervereins Hans-Jürgen Kütbach. – *Foto: Thomas Saretzki*

Czichy hat Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Göttingen studiert. Anschließend war er als Historiker, Kurator und Projektmanager in verschiedenen Forschungs- und Ausstellungsprojekten zur Aufarbeitung der NS-Geschichte tätig, insbesondere für das Bundesland Niedersachsen. Beispielsweise hat er das Online-Netzwerk „Topographie der Erinnerung – Erinnern und Gedenken in Südniedersachsen" mit entwickelt. Für die KZ-Gedenkstätte Moringen und die Geschichtswerkstatt Göttingen war er langjährig haupt- und ehrenamtlich aktiv. So bringt er – neben Tätigkeiten im Bereich von Politik und Zivilgesellschaft, unter anderem in der thüringischen Landtagsfraktion der Partei Die Linke – auch einschlägige Erfahrungen und Kenntnisse in der Vermittlung historischen Wissens mit, ebenso in der Erfahrung des Aufbaus eines Gedenkstättenarchivs, der Öffentlichkeitsarbeit und der Veranstaltungsorganisation. Dass Czichy als langjähriges Mitglied im Vorstand des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Moringen auch bereits Personalverantwortung und Erfahrung im Umgang mit öffentlichen Mitteln hatte, waren für den Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen wichtige Auswahlfaktoren.

Die erstmalige hauptamtliche Besetzung der Leitungsstelle, finanziert durch die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, fällt in eine Zeit der Umbrüche und wichtiger neuer Projekte in der Gedenkstätte Kaltenkirchen. So amtiert seit Mai ein neuer Vorstand mit Hans-Jürgen Kütbach an der Spitze, auch hat die Gedenkstätte mit Thomas Tschirner einen Geschichtslehrer als abgeordnete Lehrkraft (sechs Stunden/Woche). Zudem stehen große Projekte zur Weiterentwicklung der Gedenkstätte an, insbesondere der zweite Teil des Erweiterungsbaus und die Neugestaltung der Dauerausstellung inklusive einer Ausstellung zur „zweiten" Geschichte des historischen Orten nach 1945. Hierfür hat die Landesregierung kürzlich circa 165.000 Euro bewilligt.

Es gibt also viel zu tun für den neuen Gedenkstättenleiter – neben dem alltäglichen Betrieb der Einrichtung. Marc Czichy sieht hierfür eine gute Ausgangslage gegeben: „Durch das herausragende, kontinuierliche und nachhaltig wirkende Engagement vieler ehrenamtlich tätiger Menschen steht die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen heute auf einem guten und soliden Fundament, um sich aktuellen Herausforderungen der Gedenkstättenarbeit stellen zu können."

Von diesen gibt es eine ganze Reihe, besonders der Verlust der Zeitzeugen, der grassierende Nationalismus und Rechtspopulismus, Generationenwechsel, Digitalisierung und die erforderliche Professionalisierung. „Auf die aktuellen Herausforderungen, mit denen die Gedenkstätten zunehmend konfrontiert sind, können diese mutig und selbstbewusst reagieren", sagt Czichy. „Sie sollten keine Scheu davor haben, Gegenwartsbezüge in ihre Bildungsarbeit zu integrieren und können so zukünftig – noch stärker als bisher – wichtige Orte historisch-politischer Orientierung für das Hier und Jetzt sein. Trotz aller notwendiger Professionalisierung gilt es aber auch, die gewachsenen, jeweils eigensinnig geformten

Strukturen der kleinen Gedenkstätten in privater Trägerschaft zu respektieren und anzuerkennen. Damit verbinde ich auch ein Plädoyer für den weiteren Erhalt des dezentralen Charakters der bundesrepublikanischen Gedenk- und Erinnerungskultur, die eben in erster Linie von zivilgesellschaftlichem Engagement getragen wird." *(H.S.)* ◄

„Sich mit dem Gestern und dem Heute auseinandersetzen" Fragen an Philipp Cordts, Gedenkstättenpädagoge in der KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing

Die nachhaltige Stärkung der historisch-politischen Bildung zur Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus ist eines der Ziele, die die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten verfolgt. Damit soll auch die Professionalisierung der Vermittlungsarbeit und der Generationenwechsel unterstützt werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Finanzierung hauptamtlicher Stellen für Gedenkstättenpädagogik wie in Husum und Ahrensbök. Während Luisa Taschner, die neue Mitarbeiterin der Gedenkstätte Ahrensbök, in diesem NEWSLETTER mit einem eigenen Beitrag zu Wort kommt, antwortet Philipp Cordts hier auf Fragen zu seinem neuen Wirkungsfeld im Kreis Nordfriesland. (H.S.)

Herr Cordts, seit Mai dieses Jahres arbeiten Sie als Gedenkstättenpädagoge der Stiftung Nordfriesland. Wie verlief Ihr bisheriger beruflicher Weg? Oder anders gefragt: Was bringen Sie mit für Ihr neues Aufgabenfeld?

Ich habe die letzten Jahre als Referent für politische Bildung in der Beratungs- und Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus im nördlichen Schleswig-Holstein gearbeitet. Hauptthemen waren dabei neben der Aufarbeitung konkreter rechtsextremer Vorfälle immer Abwertungen und Rassismen in der Gesellschaft sowie ihr Umgang mit Minderheiten. Ich freue mich darauf die Gelegenheit zu haben, dieses Wissen im Kontext einer Gedenkstätte einerseits vertiefen und andererseits vermitteln zu können.

Sie sind nun zuständig für die KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing, die sich in Trägerschaft der Stiftung Nordfriesland befindet. Worin bestehen Ihre wichtigsten Aufgaben?

Zu meinen Kernaufgaben gehören in erster Linie die Konzeptionierung und Umsetzung von Bildungsinhalten in und mit der Gedenkstätte. Besonders Schüler*innen sollen motiviert werden, sich auch außerhalb von Unterricht und Lernplänen mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Folgen für Betroffene auseinanderzusetzen. Dabei spielen die lokalen Gegebenheiten und Besonderheiten eine wichtige Rolle in der Thematisierung und Vermittlung. Darüber hinaus möchte ich dazu anregen, auch heutige gesellschaftliche Diskurse rund um Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zu erkennen und zu hinterfragen.

Wie sehen Sie die Rolle der Gedenkstätten zur NS-Geschichte in der heutigen gesellschaftlichen und politischen Situation? Wo liegen wichtige Herausforderungen der Gedenkstättenpädagogik?

Für mich sind Gedenkstätten Orte, an denen unfassbare Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten greifbar werden. In Zeiten, in denen wir als Gesellschaft (sowohl im nationalen wie auch im europäischen Kontext) einen Rückgriff auf nationalistische Ressentiments und einen Kulturkampf von rechts beobachten können, ist das Erinnern umso wichtiger. Dabei sollte nie der Transfer in das Heute vergessen werden.

Eine Herausforderung für Gedenkstätten liegt sicherlich in ihrem Ausgangspunkt als historische Lernorte. Die Frage „Was hat das eigentlich mit mir im Heute zu tun?" stellt sich dabei laufend neu und muss mit sinnvollen Inhalten gefüllt werden, um zu verhindern, dass Gedenkstätten bloße Kulissen für das rituelle Erinnern an „damals" sind.

Kann die Vermittlungsarbeit in den Gedenkstätten auch einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit Nationalismus und Rassismus leisten? Planen Sie schon konkrete Projekte in Husum-Schwesing?

Auf jeden Fall, da die Mechanismen damals wie heute sich ähneln: die Abwertung des Anderen, ihn als fremd erklären, die Überhöhung des Eigenen sowie der Bezug auf ein abstraktes „Früher", wo alles besser war (die Gesellschaft homogener, die Wirtschaft besser, etc.).

Konkret möchte ich in der Gedenkstätte Husum-Schwesing dazu anregen, sich mit dem Gestern und dem Heute auseinanderzusetzen und dabei die eigene Rolle und die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Gleichzeitig ist es mir wichtig, die eigenen Vorurteile und Rassismen zu reflektieren. Das ist nicht immer bequem, kann aber (im besten Falle) zu einem bewussteren Umgang mit Minderheiten führen. ◄

Erinnerung ohne Zeitzeugen wachhalten – Gedenkstättenpädagogik heute

Luisa Taschner

Die Bildungs- und Vermittlungsarbeit zur NS-Zeit ist für mich eine Herzensangelegenheit, da ich es für fundamental halte, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und es mit der Gegenwart zu verbinden, um sich der Bedeutung und dem Wert von Menschenrechten und Demokratie bewusst zu werden. Dies ist in der heutigen Zeit, in der ein deutlicher Rechtsruck in der Gesellschaft festzustellen ist, besonders wichtig.

Eine Herausforderung für die Bildungsarbeit zur Geschichte des Nationalsozialismus sehe ich in dem wachsenden zeitlichen Abstand zum historischen Geschehen und dem damit einhergehenden Verlust der Zeitzeugengeneration. Insbesondere für die junge Generation, die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg geboren ist, stellt sich die Frage, was diese Vergangenheit mit ihnen zu tun hat und warum sie sich mit dieser Thematik beschäftigen sollten. Daher sehe ich die Aufgabe der Gedenkstättenpädagogik darin, auch ohne Zeitzeugen die Erinnerung wachzuhalten und vor allem der jungen Generation vor Augen zu führen, dass es sie sehr wohl etwas angeht und warum sie sich mit diesem dunklen Kapitel der Geschichte beschäftigen sollten.

Bildungsarbeit über die NS-Verbrechen ist ein „Instrument zur Aufklärung über Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus", sagt Luisa Taschner

Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ist zu einem elementaren Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik geworden. Daher muss es der Gedenkstättenpädagogik gelingen, auch Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen und unterschiedlichen Herkunftsgeschichten diese epochale Zäsur nahezubringen und die Bedeutung der Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland zu vermitteln.

Den Besucher*innen soll mit Hilfe der Bildungsarbeit deutlich gemacht werden, welches Unrecht im „Dritten Reich" geschehen ist und welche grauenhaften Verbrechen begangen wurden. Ziel ist es, für die Bedeutung von Menschenrechten und Demokratie zu sensibilisieren. Ich sehe Bildungsarbeit zur NS-Zeit als einen elementaren Beitrag, um die Fähigkeit auszubilden, in der Gegenwart wachsam zu sein und für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit einzutreten.

Wie kann es gelingen, Interesse zu wecken und einen Anreiz zu schaffen, sich mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen? Ich

denke, dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten: Es ist wichtig, einen persönlichen Bezug zur Lebenswelt der Besucher*innen und zu gegenwärtigen Themen in der Gesellschaft herzustellen. Es ist aber auch wichtig, die Besucher*innen emotional zu berühren. Sie sollen nicht schockiert oder emotional überfordert werden, aber es sollte einen Moment geben, der sie berührt, der in ihnen etwas bewegt. Ich hatte einen solchen Moment, der mich bis heute nicht loslässt und sicher mit ein Grund für meinen beruflichen Werdegang ist: In der 9. Klasse haben wir die Gedenkstätte Bullenhuser Damm in Hamburg besucht. Den Raum, in dem die Kinder erhängt wurden, werde ich mein Leben lang nicht vergessen.

Ich möchte, dass Besucher*innen ein Erlebnis haben, das ihnen das Ausmaß des Unrechts und der Verbrechen, die in der NS-Zeit geschehen sind, vor Augen führt. Um nicht von Gefühlen überwältigt zu werden, was in keinem Fall das Ziel sein darf, sind reflektierende Gespräche grundlegend wichtig. Dies verstehe ich als eine Hauptaufgabe von Gedenkstättenpädagogen. Die Besucher*innen sollten nicht mit ihren Gedanken und Gefühlen alleine gelassen, sondern in der Reflexion unterstützt werden.

Ich sehe Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus an außerschulischen Lernorten als ein wirkungsvolles Instrument zur Aufklärung über Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Sie kann aber nicht alleine stehen. Ihre volle Wirkung kann sie nur entfalten, wenn die schulische Bildung und die Erziehung im Elternhaus ebenfalls einen Beitrag zur Aufklärung leisten.

Das Ziel sollte es sein, Menschen zu sensibilisieren und aufzuklären, den Terror des NS-Regimes auf keinen Fall in Vergessenheit geraten zu lassen und unsere Demokratie und die Menschenrechte zu schützen. Dazu leistet die Gedenkstättenpädagogik einen wesentlichen Beitrag, der in jeglicher Form unterstützt und gefördert werden sollte.

Luisa Taschner ist seit April 2019 Gedenkstättenpädagogin in der Gedenkstätte Ahrensbök

◄

Kontroverses, multiperspektivisches und menschenrechtsorientiertes Lernen. Als Lehrer zur Vermittlungsarbeit an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Thomas Tschirner

Seit dem Jahr 2014 bin ich glücklich im Schuldienst und unterrichte heute die Fächer Deutsch, Geschichte, Wirtschaft/Politik und zeitweise Deutsch als Zweitsprache an einem Gymnasium in Neumünster. Dort bin ich seit Februar 2019 mit sechs Unterrichtsstunden für die historisch-politische Vermittlungsarbeit an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch abgeordnet und in dieser Funktion Nachfolger von Hans Werner Berens. Dies sehe ich als eine ideale Fortführung und Vertiefung meiner bisherigen Arbeit rund um die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen an, die schon im Studium begann.

Der Historiker und Lehrer Thomas Tschirner.
Foto: Studioline

So konnte ich bereits 2011 erste Kontakte zur KZ-Gedenkstätte in Kaltenkirchen knüpfen und meine Staatsexamenshausarbeit über das Schicksal von sowjetischen Kriegsgefangenen verfassen, die bei Kaltenkirchen gestorbenen waren. Nach dem Studium blieb ich dem Thema im weiteren Sinne treu und konzipierte im Rahmen eines Werkvertrages eine Ausstellung über die zweite Geschichte des KZ Kaltenkirchen nach 1945. In dieser Zeit schärfte auch die Jugendarbeit mit sozial benachteiligen Jugendlichen im europäischen Ausland

meinen Blick für Phänomene und Bedürfnisse heterogener Gesellschaften.

Nach dem Eintritt in den Schuldienst habe ich mich neben meiner hauptamtlichen Lehrer-Tätigkeit an Gymnasien in Rendsburg und Neumünster ehrenamtlich an der KZ-Gedenkstätte eingebracht, dies vor allem als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Trägervereins KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V. Gleichzeitig war und ist mir die Verbindung zu landesweiten Vernetzungen und anderen NS-Gedenkstätten im Land wichtig, was sich in meiner Mitarbeit in Vernetzungs- und Vorbereitungsgruppen zum Beispiel für Landesgedenkstättentagungen oder Jugendworkshops widerspiegelt. Seit März 2019 bin ich Mitglied des Beirates der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. Ich freue mich stets über den disziplinübergreifenden Austausch, neue Einblicke und Inputs aus anderen Arbeitsfeldern in der Gedenkstättenlandschaft.

Als Grundsätze meiner historisch-politischen Vermittlungsarbeit sehe ich die Förderung von historischer Sach- und Werturteilskompetenz sowie die konsequente Behandlung von Gegenwartsbezügen einer heterogenen Klientel an. Die Verbindung des „Früher" und „Die" mit dem „Heute" und „Ich" sehe ich dabei stets als Herausforderung an, der ich mich aber gern und engagiert stelle. Dass die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen kontroverse, multiperspektivische und vor allem menschenrechtsorientierte Lerninhalte bietet, reizt mich an dieser Form des außerschulischen Lernens darüber hinaus ganz besonders. So kann ein KZ-Gedenkstättenbesuch neben der Vermittlung von Faktenwissen rund um den historischen Ort mit dem notwendigen Mitdenken und -reflektieren verknüpft werden – BesucherInnen dazu zu ermutigen und animieren, ist ein wichtiges Ziel meiner Arbeit.

Nach vorheriger Absprache sind sowohl Führungen über das KZ-Gedenkstättengelände mit anschließender Diskussionsrunde sowie Projektarbeiten in vielfältiger Form denkbar. Ich freue mich auf Anfragen (Kontakt: tt@kz-kaltenkirchen.de).

Thomas Tschirner ist Lehrer an der Immanuel-Kant-Schule in Neumünster und seit Februar 2019 abgeordneter Lehrer für die historisch-politische Vermittlungsarbeit an der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch. ◄

„EURE Erinnerung" – Startschuss für den ersten Schülerwettbewerb der Bürgerstiftung

In diesem Jahr schreibt die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten erstmals einen Schülerwettbewerb aus. Nach dem bereits seit 2014 alle zwei Jahre vergebenen Wissenschaftspreis, der sich insbesondere Nachwuchswissenschaftler*innen richtet, zielt dieser neue Wettbewerb auf interessierte Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein. Für Schulklassen, die sich mit einem Beitrag bewerben, ist ein Klassenpreis von 1.000 EUR ausgelobt. Für die Schüler, die auf eigene Faust an dem Wettbewerb teilnehmen möchten, gibt es drei Preise mit jeweils 250 EUR. Die Preise werden im Frühsommer 2020 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung vergeben.

Das Thema des Wettbewerbs lautet „EURE Erinnerung". Im Mittelpunkt steht dabei die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Der Wettbewerb bietet allen Teilnehmenden bei der Gestaltung ihrer Beiträge einen großen kreativen Spielraum.

Die Schülerinnen und Schüler können einen historischen, aktuellen, dokumentarischen oder künstlerischen Ansatz wählen, der sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein und/oder der Erinnerung an diese Zeit in Schleswig Holstein und/oder der heutigen Vermittlung der historischen Inhalte beschäftigt. Wir freuen uns über Beiträge der unterschiedlichsten Formen und Stilrichtungen, beispielsweise aus den Bereichen Malen, Zeichnen oder Basteln, Fotografie oder

Film, Theater (als Mitschnitt und/oder Drehbuch), Text, Musik, audio(visuelle) Beiträge, Webdesign.

Titelseite des Wettbewerbs-Flyers

Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 bis 13, sowohl als Einzelbewerber*in als auch im Rahmen einer Gruppen- oder Klassenbewerbung (unabhängig von der Schulart, schulartübergreifende Projekte sind möglich).

Die Beiträge müssen bis zum 31. März 2020 in gedruckter und in digitaler (ggf. in originaler) Fassung in der Geschäftsstelle der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten eingereicht werden. Eine Kurzdarstellung des Wettbewerbsbeitrags (max. 1 DIN A4-Seite) sowie das Teilnahmeformular sind jeweils beizufügen. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der Ausschreibung und den dazugehörigen Themenvorschlägen sowie weiteren Unterlagen auf der Webseite des BGSH. Die Geschäftsstelle der Bürgerstiftung steht gerne zur Auskunft und Unterstützung bereit. *(K.G., H.S.)* ◄

Geschichtswettbewerb „Spurensuche in Ostholstein"

Der Evangelisch-Lutherische Kirchenkreis Ostholstein hat in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Ahrensbök einen Wettbewerb ausgerufen, der sich gegen rechte Gewalt, Ausgrenzung und Diskriminierung wendet. Er findet statt unter dem Bibelwort „Suche Frieden und jage ihm nach" und dem Motto „Spurensuche in Ostholstein". Zu gewinnen gibt es drei Preise, dotiert mit jeweils 1.000 EUR. Die drei von einer Jury ausgewählten besten Beiträge werden dann am 20. November 2019 in der Gedenkstätte Ahrensbök öffentlich vorgestellt und prämiert.

Die Auslober zielen vor allem auf junge Menschen: Konfirmandengruppen, Schulklassen, Schulen und Jugendgruppen, ebenso Einzelpersonen. Die Bewerber/innen sollen historische Ereignisse in Ostholstein näher betrachten und diese dann in einem Projekt aufarbeiten und präsentieren, so Synodenpräses Dr. Peter Wendt.

Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit können zeigen, wie solch ein Projekt aussehen kann. Die Veranstalter des Wettbewerbs verweisen auf so auf eine Konfirmandengruppe aus Stockelsdorf, die sich dem Schicksal von 20 Verfolgten widmete, die im Konzentrationslager Ahrensbök eingesessen hatten. Da-

bei hatten die Konfirmanden sich auf eine intensive Spurensuche begeben und sich dabei auch an die Öffentlichkeit gewandt. Ein weiteres Beispiel: In Neustadt setzten sich Schülerinnen und Schüler dreier Schulen intensiv mit dem Untergang der „Cap Arcona" am 3. Mai 1945 auseinander und hielten dies in einem Projektfilm fest. „Das ist Arbeit, die das Geschichtsbewusstsein verändert, stärkt und entwickelt", sagt Wendt.

Über die Vergabe der Preise entscheidet eine Jury, der neben dem Synodenpräses auch die Vorsitzende des Trägervereins der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 e.V., Dr. Ingaburgh Klatt angehört, ferner die Stockelsdorfer Pastorin Almuth Jürgensen, der Flüchtlingsbeauftragte der Kirchenkreises, Daniel Hettwich, sowie der beim Kirchenkreis für Mission, Ökumene und Gerechtigkeit zuständige Pastor Michael Hanfstängl.

Ingaburgh Klatt hofft auf zahlreiche Teilnehmer/innen an dem Wettbewerb: „Es gibt sowohl positive wie auch negative geschichtliche Ereignisse, aus denen sich sehr viel für unsere Gegenwart lernen lässt. Wenn sich junge Leute da engagieren und aktiv werden, dann finde ich das richtig gut."

Einsendeschluss für Beiträge zu dem Wettbewerb ist der 9. November. Sie sind unter dem Kennwort „Spurensuche in Ostholstein" zu richten an: Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Ostholstein, Evangelisches Zentrum Ostholstein, Schloßstraße 13, 23701 Eutin. Dorthin können sich Interessierte auch für weitere Informationen wenden, und zwar per E-Mail an michael.hanfstaengl@kk-oh.de. *(H.S./Kirchenkreis Ostholstein)* ◄

Schulprojekt „Lebendige Vergangenheit". Die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen als Geschichtslabor

Gerhard Braas

Die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch besaß jahrelang nur eine Handvoll Gegenstände, die im Laufe der Zeit auf dem Gelände gefunden wurden und dem ehemaligen KZ-Außenlager zugeordnet werden konnten. Sie lagen weitgehend unbeachtet in einer Wandvitrine und hatten keinerlei Bezug zur Ausstellung. Allerdings konnten im Besucherraum auf Plakaten einige Fotos betrachtet werden, die Mitte der 1990er-Jahre ausgegrabene Fundstücke zeigten. Niemand wusste, was mit diesen Utensilien geschehen war. Protokolle über die archäologischen Aktivitäten sind nicht vorhanden.

Ausgrabungen in Springhirsch Mitte der 1990er-Jahre. – *Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen*

Doch nach einer aufwändigen Recherche und mit etwas Glück gelang es mir im Herbst 2017, die Ausgrabungsstücke aufzuspüren und für die Gedenkstätte in Springhirsch zu sichern. Dietrich Alsdorf, Archäologe aus Niedersachsen und damals Leiter der Ausgrabungen, hatte die Artefakte seinerzeit Professor Hans-Jürgen Häßler übergeben, der in Hannover ein Holocaust-Museum eröffnen wollte. Dieser Plan wurde niemals realisiert und Häßler verstarb 2011. Es gelang schließlich, seine Witwe ausfindig zu machen, und Cornelia Häßler bot sofort ihre Hilfe an. Sie fand die Gegenstände in ihrer Garage in Hannover, wo sie über zwanzig Jahre in Koffern und Kartons

gelagert wurden. Dietrich Alsdorf konnte die zwölf Gegenstände identifizieren und so gelangten sie zurück nach Springhirsch. „Ich bin froh, dass sie an einen Ort kommen, um über eine Zeit Zeugnis abzulegen", schrieb Frau Häßler dem Trägerverein der Gedenkstätte in einem Brief.

Eine der Fundstücke – ein Feuerlöscheimer.
Fotos: Dr. Gerhard Braas

Das kuriose und beinahe filmreife Schicksal der Gegenstände, die Spurensuche und die Entdeckung fand in der regionalen Presse ein nachhaltiges Echo und die Entdeckung galt als Sensation. Angespornt durch den wissenschaftlichen Beirat der Gedenkstätte mit den Historikern Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, Dr. Reimer Möller, Dr. Stephan Linck und Thomas Tschirner verfolgte der Trägerverein nun die Idee, die Fundstücke für die künftige pädagogische Gedenkstättenarbeit zu nutzen und dafür ein Konzept durch eine Schulklasse erstellen zu lassen.

Damit startete das Projekt „Lebendige Vergangenheit" – ein Projekt von Jugendlichen für Jugendliche und Neuland für die ehrenamtlichen Mitglieder des Trägervereins. Claudia Kuhn vom Jüdischen Museum Rendsburg bot spontan ihre professionelle Hilfe an und entwickelte mit der Arbeitsgruppe des Trägervereins – bestehend aus Hans Werner Berens, Hans Joachim Wolfram und Dr. Gerhard Braas – einen Fragenkatalog zu den Fundstücken.

Um die Neugierde der Jugendlichen zu wecken und ihnen eigene Anknüpfungspunkte zu ermöglichen, wurden anhand der beiden Leitgedanken „Wieso ist das spannend?" und „Was hat das mit mir zu tun?" folgende Fragen formuliert:

- Was ist das?
- Wozu wurde dieses Objekt im Lager benutzt?
- Wer benutzte das Objekt im Lager?
- Wo befand sich das Objekt im Lager?
- Gibt es heute noch vergleichbare Gegenstände?
- Was könnte dieses Objekt vielleicht erzählen, wenn es sprechen könnte?

Damit war die Arbeit der Erwachsenen zunächst getan. Alles Weitere wurde Anfang 2018 der Fantasie, Kreativität und Entdeckungsfreude der Jugendlichen selbst überlassen - Schüler und Schülerinnen vom Geschichtsprofil des Gymnasiums Kaltenkirchen (Klasse Q1d - 11. Jahrgang) unter Leitung ihres Fachlehrers Jens Mehrens.

Umsetzung des Schulprojekts durch die Jugendlichen: Montage der von der Schulklasse konzipierten Pinnwand zu Schuh und Napf

Die Jugendlichen bearbeiteten zunächst individuell den tabellarischen Fragenbogen zu siebzehn Gegenständen – zwölf aus Hannover und fünf bereits in der Gedenkstätte vorhandene. Die Antworten der 27-köpfigen Klasse

bildeten dann die Grundlage für erste Ideenskizzen zur Präsentation der Fundstücke in der Ausstellung. Dazu hatten sich neun Gruppen gebildet, die jeweils zwei Gegenstände in ihren Blickpunkt nahmen.

Rechtzeitig zum Ende des Schuljahres konnten alle neun Gruppen ihren finalen Vorschlag ausarbeiten und schließlich im Juli 2018 dem Trägerverein fertige Exposés präsentieren, die in die Abiturbewertung der Jugendlichen einflossen. Aus Sicht der Gedenkstätte hat das Schulprojekt des Gymnasiums Kaltenkirchen zu erstaunlichen Ergebnissen geführt - zu allen siebzehn Gegenständen gibt es jetzt eine „Geschichte" mit einem Vorschlag zur Nutzung für die zukünftige pädagogische Arbeit auf der Gedenkstätte.

Im Sinne einer Lernwerkstatt waren Deutung und Bewertung der siebzehn Fundstücke von Anfang an offen und allein Sache der Jugendlichen. Das Risiko möglicher Fehler oder einer Unschärfe in der Darstellung und Bewertung durch die Jugendlichen wurde dabei bewusst in Kauf genommen. Als flankierende Qualitätssicherung dient der Ausstellungskatalog der Gedenkstätte.

Ab Herbst 2018 wurden die Räume der Gedenkstätte von Grund auf umgestaltet und modernisiert: Der Eingangsbereich erhielt einen repräsentativen Tresen und der Ausstellungsraum neue Strukturen vor allem durch die Anschaffung von Vitrinen für die Ausgrabungsstücke sowie durch die Digitalisierung des Katalogs, der jetzt auf drei großen, an der Wand befestigten Bildschirmen betrachtet werden kann.

Der Trägerverein stand bei der Schulklasse im Wort, ihre Ideen Zug um Zug weitgehend zu realisieren. Der Ausstellungsraum wird künftig zu einem Experimentierfeld für die „erste Geschichte" des KZ-Außenlagers werden, die „zweite Geschichte" nach 1945 soll später in einem geplanten Anbau präsentiert werden. Dieses Labor ist jetzt eingerichtet worden. Die Deutungen und „Geschichten" der Jugendlichen erläutern die in den Vitrinen gezeigten Fundstücke.

Neugestalteter Ausstellungsraum im Mai 2019

Die von der Schulklasse des Gymnasiums Kaltenkirchen selbst gestaltete Lernwerkstatt wird sich laufend verändern, andere Jugendliche werden ihre eigenen Ideen einbringen, etwas ausprobieren und auch realisieren dürfen. Ein Geschichtslabor zum Entdecken und Mitmachen wird die Attraktivität der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch weiter steigern, zumal eine stetige Veränderung der Ausstellung Folgebesuche noch interessanter machen wird.

Das Schulprojekt „Lebendige Vergangenheit" ist für den Trägerverein ein wichtiger Baustein zur eingeleiteten Professionalisierung der Gedenkstätte in Springhirsch. Sie ist mit dem Geschichtslabor nach dem Urteil des wissenschaftlichen Beirats eine „Gedenkstätte der Zukunft" mit einem Alleinstellungsmerkmal in der Schleswig-Holsteinischen Gedenkstättenlandschaft.

Dr. Gerhard Braas ist stellvertretender Vorsitzender des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch e.V. ◄

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Leitungsgruppe appelliert an kommunale Verantwortung

Brigit Janzen

Am 12. April 2019 traf sich die Leitungsgruppe Gedenkstätten und Erinnerungskultur zum dritten Mal. Unter dem Vorsitz von Karin Prien, Kulturministerin und Vorsitzende des Stiftungsrates der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH), diskutierten Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet, Dr. Stephan Linck und Dr. Harald Schmid für die BGSH, Uta Körby für die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) sowie Susanne Bieler-Seelhoff und Gert Haack für das Kulturministerium über aktuelle Fragen der Gedenkstättenförderung. Frau Prien begrüßte ausdrücklich den Strategiewechsel der Bürgerstiftung hin zu mehr Hauptamtlichkeit. Diese Entwicklung müsse mit einer deutlichen kommunalen Beteiligung verbunden sein. Sie sagte zu, im Gespräch mit Kreisen und Kommunen an die kommunale Verantwortung zu appellieren und eine Beteiligung an der regionalen Gedenkstättenarbeit einzufordern. Die Förderung von baulichen Maßnahmen in den beiden Gedenkstätten in Ahrensbök und Kaltenkirchen sowie im Kieler Flandernbunker, die 2019 mit IMPULS-Mitteln initiiert wurden, unterstreicht den hohen Rang der Gedenkstättenpolitik aus Sicht des Landes.

Eine zentrale Rolle nimmt mittelfristig das Cap-Arcona-Gedenken ein sowie die Neukonzeptionierung des Henri-Goldstein-Hauses in Quickborn. Darüber hinaus wurde die Jahresplanung mit der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung am 5. September in Kaltenkirchen erörtert, die Schnittstelle Schule/Gedenkstätten mit der auch für dieses Jahr geplanten Aufstockung der Mittel für die Schülerfahrten und der Schülerwettbewerb sowie die Projekte Gedenkstätten-Wegweiser („Gedenkstättenführer"), Flyer und Website besprochen. Die Ministerin begrüßte es, dass in diesem Jahr der Relaunch der BGSH-Website umgesetzt werde und die Veröffentlichung geeigneten Materials in der zweiten Jahreshälfte vorgesehen sei.

Die Ministerin wies ferner auf die koordinierende Funktion („Fixpunkte für Vernetzung") der künftigen Fachberater/innen für kulturelle Bildung in den Kreisen und kreisfreien Städten hin. Denn ab dem 1. August sind 15 Fachberater/innen für die Koordinierung der kulturellen Bildung zuständig; die Gedenkstättenarbeit sei hierbei eine wesentliche Dimension, so die Ministerin. Der Schülerwettbewerb wurde inzwischen ausgeschrieben, die Preise sollen im nächsten Frühjahr in angemessenem Rahmen durch die Ministerin verliehen werden.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
19. Wahlperiode

Drucksache 19/1252
2019-02-12

Bericht

der Landesregierung

Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzepts

Eine weitere Gelegenheit, für die Gedenkstätten zu werben, hat sich durch die Aussprache im Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes ergeben, den der Ausschuss am 9. Mai 2019 abschließend zur Kenntnis nahm.

Dr. Brigit Janzen ist Referentin in der Kulturabteilung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. ◄

Ausgezeichnetes Engagement: Bundesverdienstkreuz für Uta Körby

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sieben Personen aus Schleswig-Holstein für ihre Verdienste um das Gemeinwohl mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Auch Uta Körby erhielt diese hohe Auszeichnung.

„Der Verdienstorden wird an in- und ausländische Bürgerinnen und Bürger für politische, wirtschaftlich-soziale und geistige Leistungen verliehen sowie darüber hinaus für alle besonderen Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel im sozialen und karitativen Bereich", heißt es auf der Webseite des Bundespräsidenten. Und weiter: „Er ist die einzige allgemeine Verdienstauszeichnung in Deutschland und damit die höchste Anerkennung, die die Bundesrepublik für Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht. Eine finanzielle Zuwendung ist mit der Verleihung des Verdienstordens nicht verbunden."

Am 9 Juli fand in Kiel die feierliche Verleihung der Verdienstkreuze im Gästehaus Landesregierung statt. Im Namen des Bundespräsidenten überreichte Ministerpräsident Daniel Günther die Auszeichnungen. Uta Körby hielt die Rede für alle sieben Geehrten.

Der Bundespräsident würdigte mit der Ehrung Uta Körbys langes ehrenamtliches Engagement für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Als Mitgründerin und langjährige Leiterin des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch und der gleichnamigen Gedenkstätte hat sie sich zunächst regional, später dann auch landes- und bundesweit für die Belange dieser Bildungs- und Aufklärungsorte an den historischen Stätten der NS-Verbrechen eingesetzt, insbesondere auch für deren enge Vernetzung mit Schulen. Seit 2012 ist sie Vorsitzende der LAGSH. In der Laudatio hieß es: „Es ist auch ihr Verdienst, dass sich die Situation der Einrichtungen vor Ort deutlich verbessert hat. Die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein hat sich auch dank ihres Engagements zu einer etablierten Interessenorganisation entwickelt."

„Mit seinen Ordensverleihungen", so die Erläuterung auf der Internetseite des Staatsoberhaupts, „möchte der Bundespräsident die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf hervorragende Leistungen lenken, denen er für unser Gemeinwesen besondere Bedeutung beimisst." Die Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein ist damit zum zweiten Mal für „hervorragende Leistungen" in diesem Sinne ausgezeichnet worden, denn bereits 2017 erhielt Dr. Jens Rönnau vom Kieler Verein Mahnmal Kilian 2017 das Bundesverdienstkreuz. *(H.S.)*

◄

Ministerpräsident Daniel Günther überreicht Uta Körby den Verdienstorden der Bundesrepublik. Anschließend gratulierten auch alle anwesenden Personen aus der hiesigen Gedenkstättenszene (unten). – *Foto: Dr. Harald Schmid*

Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

Uta Körby

Neue Satzung

Den Auftakt des Jahres bildeten für die die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V. (LAGSH) zwei Mitgliederversammlungen: Die erste, eine außerordentliche Versammlung der Mitglieder, fand am 12. Januar 2019 in der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen statt. Alleiniges Thema war die Änderung der Vereinssatzung von 2015. Dies war notwendig geworden, weil die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt hatten, dass Unklarheiten in der Satzung hinsichtlich der Aufgaben von Vorstandsmitgliedern ohne Funktionen eine effiziente Vorstandsarbeit behinderten. Darüber hinaus gab es Anlass für eine kritische Durchsicht der gesamten Satzung zur Angleichung von Formulierungen.

Alternativ zu den von Bernd Facklam eingebrachten Satzungsänderungsanträgen zu einzelnen Paragrafen (Änderung der Präambel, den Stimmrechten der Mitglieder und der Zusammensetzung des Vorstands), legten drei Vorstandsmitglieder – Uta Körby (Vorsitzende), Dr. Harald Schmid (stellvertretender Vorsitzender) und Dr. Christian Walda (Schatzmeister) – einen darüber hinausgehenden, komplett überarbeiteten Satzungsentwurf vor. Nach einer intensiven, mehrstündigen Diskussion wurde der Antrag Körby/Schmid/Walda, ergänzt durch einige von Karin Penno-Burmeister vorgeschlagene Änderungen, mit großer Mehrheit angenommen. Die überarbeitete Satzung sieht als wesentliche Neuerungen die Begrenzung auf einen geschäftsführenden Vorstand (Vorsitz und Stellvertretung, Kassen- und Schriftführung) und die Einrichtung eines Beirats vor.

Der Beirat soll aus mindestens sechs Personen bestehen, die unterschiedliche Bereiche der Erinnerungskultur vertreten und über verschiedene Kompetenzen verfügen. Die Mitglieder des Beirats, die auch aus Kreisen jenseits der LAGSH gewonnen werden können, werden vom Vorstand vorgeschlagen und von der Mitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt. Zusammen mit diesem neuen Gremium soll die Diskussion um Vorhaben, Jahrespläne und Weiterentwicklung der LAGSH als Interessenvertretung der Gedenkstätten und Erinnerungsorte geführt werden. Erhofft wird dadurch eine größere Vielfalt der Perspektiven und Anschlussfähigkeit an die aktuellen Diskurse der Erinnerungskultur und insgesamt eine breitere Legitimationsbasis. Zusätzlich kann damit eine noch stärkere Verankerung mit Kooperationspartnern erreicht werden, wobei es besonders wichtig erscheint, neue Zugänge zur kritischen Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Erbe für die nachfolgenden Generationen zu eröffnen.

Neuwahlen

Auf Basis der neuen, zwischenzeitlich beim Amtsgericht eingetragenen Satzung vom 12. Januar 2019 konnten auf der regulären Mitgliederversammlung am 9. März in Kiel bei den turnusmäßigen Neuwahlen Vorstand und Beirat besetzt werden. Für den geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt: Uta Körby, Vorsitzende (Wiederwahl), Dr. Harald Schmid, stellv. Vorsitzender (Wiederwahl), Benno Stahn, Schriftführer (Wiederwahl), Indre Schmalfeld, Kassenführerin (Neuwahl).

Die ordentliche Mitgliederversammlung der LAGSH am 9. März. – *Fotos: Dr. Harald Schmid*

Die Neubesetzung der Funktion der Kassenführung war notwendig geworden, weil der bisherige Amtsinhaber, Dr. Christian Walda, aus beruflichen Gründen nach Dortmund ge-

wechselt ist und nicht wieder kandidierte. Die bisherigen Mitglieder im Vorstand ohne Funktionen, Bernd Facklam und Dr. Jens Rönnau, schieden aus dem Vorstand aus.

Uta Körby verabschiedet Dr. Christian Walda

Erfreulicherweise hatten sich viele der im Vorfeld angesprochenen Personen zu einer Mitarbeit im neu geschaffenen Beirat bereit erklärt, sodass insgesamt acht Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl standen und gewählt wurden: Raimo Alsen (Grund- und Gemeinschaftsschule der Stadt Pinneberg), Prof. Dr. Sebastian Barsch (Professor für Didaktik der Geschichte am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, CAU), Karen Bruhn (Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Regionalgeschichte am Historischen Seminar der CAU), Claudia Kuhn (Leiterin des Jüdischen Museums, Rendsburg), Dr. Karen Meyer-Rebentisch (Projektleiterin in der Gedenkstätte Lutherkirche, Lübeck), Dr. Hauke Petersen (Stellvertreter des Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein), Dr. Jens Rönnau (Vorsitzender des Vereins Mahnmal Kilian e.V., Flandernbunker Kiel) und Thomas Tschirner (Lehrer an der Immanuel-Kant-Schule Neumünster). Die Wahl aller acht Beiratsmitglieder erfolgte einstimmig. Wir freuen uns auf eine intensive und fruchtbare Zusammenarbeit!

Der Beirat der LAGSH (v.l.): Raimo Alsen, Prof. Dr. Sebastian Barsch, Dr. Karen Meyer-Rebentisch, Dr. Jens Rönnau, Claudia Kuhn, Dr. Hauke Petersen, Karen Bruhn, Thomas Tschirner

Aktivitäten der LAGSH 2018

In ihrem Rechenschaftsbericht über das Vereinsgeschehen bezog sich die Vorsitzende Uta Körby auf die in der Satzung vorgegebenen Aufgaben und Ziele, um die Arbeit der LAGSH im vergangenen Kalenderjahr 2017 einzuordnen und zu verdeutlichen.

Die LAGSH hat sich als Ansprechpartnerin für Politik, Bildung und Kultur etabliert und ist in vielfältige Gremienarbeit einbezogen, so zum Beispiel in die Leitungsgruppe des Kultusministeriums zur Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzeptes. Weitere Schwerpunkte sind die Förderung eines landes- und bundesweiten Informationsaustausches, die Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene sowie die Kooperation mit anderen Organisationen und Trägern der Bildungsarbeit. Dies bildete die Grundlage für die verschiedenen Kooperationsveranstaltungen 2018:

- Regionalkonferenz für die Gedenkstätte Ahrensbök
- Diskussionsveranstaltung mit Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Parteien zum Thema: „Lernen für Demokratie – Gedenkstätten als Orte der historisch-politischen Bildung"
- Pressekonferenz und Aktionstag zum 70. Jahrestag der Deklaration der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
- Teilnahme am Fachtag Geschichte und Tag der Archäologie
- Fortbildungsangebot: Exkursion zum Denkort Bunker Valentin, Bremen
- Zweitägiger Workshop „Was ist gute Gedenkstättenarbeit?"

- Landesgedenkstättentagung in Malente, Thema: „1968 reloaded? – Gedenkstätten auf der Suche nach ihrer Bedeutung für die nächste Generation"
- Diskussionsveranstaltung des FORUM LAG und der AG KZ-Gedenkstätten in Berlin, Thema: „Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Gedenkstätten und Erinnerungskultur zwischen Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus"
- bundesweite Delegiertenkonferenz 2018, Berlin, Thema: „Nie wieder oder schon wieder? Die Verschiebung der Normalität in der deutschen Gesellschaft nach rechts und die Gedenkstätten für NS-Opfer".

Aktuelle Vorhaben und Projekte

Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung wurden die Planungen für das laufende Kalenderjahr 2019 vorgestellt. Es konnten noch nicht für alle Vorhaben genaue Termine angegeben werden, weil noch einige organisatorische Fragen offen sind:

- Exkursion zur Gedenkstätte Hannoverscher Bahnhof und KZ-Gedenkstätte Neuengamme am 27. April 2019
- Projekt „Gedenkstättenzertifizierung" mit Dagmar Rösner, Leiterin des Projekts Museumsberatung in Schleswig-Holstein, Beginn: 20. Juni 2019 im Nordkolleg
- Regionalkonferenz Lübeck für den Zusammenschluss von Initiativen zum ‚Forum Erinnerung Lübeck' (Termin noch offen)
- Regionalkonferenz für die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen mit dem Ziel der Unterstützung durch die Kreise Segeberg und Pinneberg (Termin noch offen)
- Gemeinsame Gedenkstättentagung mit Mecklenburg-Vorpommern am 15. und 16.11.2019 in Schwerin, Thema: „Gedenkstättenlandschaften in Ost und West 30 Jahre nach der Grenzöffnung" (diese länderübergreifende Kooperationsveranstaltung tritt in diesem Jahr an die Stelle der bisherigen Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein)
- Zweitägiger Workshop: Gedenkstättenarbeit aus der Perspektive der nachfolgenden Generation gestalten: „Was wollt'n ihr hier? – Jugendliche an Gedenkstätten" , Kiel, (Termin noch offen).

Über alle anstehenden Vorhaben werden die Mitglieder der LAGSH und ein darüber hinaus interessierter Kreis zeitnah über die Teilnahmemöglichkeiten informiert. ◄

LAGSH-Exkursion zu Hamburger Gedenkorten

Uta Körby

Die LAGSH hat den Anspruch, ihren Mitgliedern und darüber hinaus einem interessierten Kreis zu ermöglichen, weitere Erinnerungsorte kennenzulernen. Dabei steht nicht nur die Kenntnis der Geschichte des historischen Ortes im Vordergrund, sondern vor allem die jeweilige Vermittlungspraxis. Wir erhoffen uns davon, dass die erhaltenen Anregungen durch Ausstellungen, mediale Angebote und Gespräche mit pädagogischen Mitarbeitern Eingang in die eigene Arbeit vor Ort finden.

In den vergangenen Jahren hat die LAGSH bereits mehrere Busfahrten organisiert: 2016 in das ehemalige dänische Lager Fröslev (2016), im Jahr darauf nach Bergen-Belsen und 2018 zum ‚Denkort Bunker Valentin' in Bremen-Farge. In diesem Jahr war Hamburg Ziel der Exkursion mit dem neuen Gedenkort Hannoverscher Bahnhof und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Mit Neuengamme sind einige Gedenkstätten in Schleswig-Holstein als ehemalige Außenlager verbunden. Daher gingen wir davon aus, dass die meisten unserer Mitglieder die KZ-Gedenkstätte Neuengamme bereits gut kennen würden. Umso mehr waren wir von der großen Zahl der Anmeldungen überrascht. Der Bus war bis auf den letzten Platz gefüllt, sodass wir sogar zum Schluss Absagen erteilen

mussten. Besonders erfreulich war die Teilnahme von jungen Leuten, unter ihnen einige Geflüchtete aus Afghanistan. Auch eine Reihe von Lehrern und Lehrerinnen hatte sich gemeldet. Eine Kollegin vom Gymnasium in Schwarzenbek nutzte die Gelegenheit, zur Vorbereitung eines späteren Besuchs mit polnischen Austauschschülern bereits vorab die KZ-Gedenkstätte Neuengamme kennenzulernen und kam in Begleitung von sieben Schülerinnen und Schülern ihrer AG.

Die erste Station führte zum neu geschaffenen Gedenkort „denk.mal Hannoverscher Bahnhof" in der HafenCity von Hamburg. Hier wurden wir von der pädagogischen Mitarbeiterin Sandra Wachtel und Dr. Oliver von Wrochem, dem stellvertretenden Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, empfangen. Wegen der großen Teilnehmerzahl mussten bei den Führungen zwei Gruppen gebildet werden. In der einen Gruppe ging es vorrangig um die Kenntnis der Geschichte des Ortes. In der anderen Gruppe befanden sich diejenigen, die ein besonderes Interesse an Methoden der pädagogischen Vermittlung hatten.

Dr. Oliver von Wrochem (r.) führt eine Gruppe am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof.
Foto: Uta Körby

Vom ehemaligen Güterbahnhof Hannoverscher Bahnhof aus wurden von 1940 bis 1945 in 20 Transporten die jüdische Bevölkerung aus Hamburg und Norddeutschland, Sinti und Roma sowie Zwangsrekrutierte der berüchtigten Strafdivision 999 in die osteuropäischen Ghettos von Lodz, Riga, Minsk und Theresienstadt oder in die Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und Belzec deportiert. Von den über 8.000 Deportierten kamen mindestens 6.500 ums Leben, vermutlich überlebten nur wesentlich weniger als 1.000 die Lager. Die Deportationen erfolgten in aller Öffentlichkeit, buchstäblich vor aller Augen, denn der damalige Güterbahnhof lag in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof.

Dr. Oliver von Wrochem berichtete von den langwierigen Planungen und Verhandlungen, die ab 2004 der Schaffung eines Gedenkortes auf dem Gelände des aufgelassenen Güterbahnhofs vorausging. Das frühere Bahngelände ist heute Teil der neu gestalteten stylischen HafenCity Hamburg. Im Lohsepark wurde am 10. Mai 2017 die Gedenkstätte *denk.mal Hannoverscher Bahnhof* im Beisein von Überlebenden der Deportationen und Angehörigen eingeweiht.

Das Denkmal hat die Gestalt einer Fuge, die vom ehemaligen Vorplatz des Hannoverschen Bahnhofs bis zum denkmalgeschützten Relikt des Bahngleises führt. Entlang der ehemaligen Bahngleise sind auf 20 Tafeln die Daten der Transporte und die Namen der Opfer vermerkt, darunter auch Transporte aus Schleswig-Holstein. Das Denkmal verweist zugleich auf die Täter und Täterinnen und verdeutlicht die Mitschuld der Hamburger Ämter und Behörden sowie der Deutschen Reichsbahn.

Was den neu geschaffenen Gedenkort für die Teilnehmer der Exkursion besonders eindrucksvoll machte, ist das Prinzip der Gestaltung. Viele Jugendliche haben sich an dem Partizipationsprojekt „Wie wollt ihr euch erinnern?" beteiligt und ihre Vorstellungen und Ideen fanden Eingang in die Gestaltung des heutigen Gedenkortes.

Derzeit können sich Besucher in einem kleinen Pavillon über die Deportationen und das Gestaltungsprojekt mit Jugendlichen informieren. Geplant ist ein Dokumentationszentrum an der Westseite des Lohseparks, das ab 2020/21 den historischen Kontext der Verfolgung und Deportationen umfassend vermitteln soll.

Von der HafenCty aus führte die Exkursion weiter zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Südosten von Hamburg. Das KZ Neuengamme war von 1938 bis 1945 das größte Konzentrationslager Nordwestdeutschlands. Mehr als 100.000 Menschen aus ganz Europa waren im Hauptlager und in den über 85 Nebenlagern inhaftiert – darunter auch die Außenlager (und späteren Gedenkstätten) in Kaltenkirchen, Husum-Schwesing und Ladelund in Schleswig-Holstein. In Neuengamme wurde ein riesiges Klinkerwerk gebaut, mit den von den Häftlingen produzierten Ziegeln sollte Hamburg nach den Vorstellungen der NS-Ideologie monumental umgebaut werden. Weit über 40.000 Häftlinge starben an den mörderischen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Ulrike Jensen mit einer Gruppe der LAGSH vor einem Lagermodell. – *Foto: Uta Körby*

Nach einer Einführung im Studienzentrum zur Entstehungsgeschichte des Konzentrationslagers Neuengamme – zunächst ein Außenlager von Sachsenhausen - führten uns die Mitarbeiterinnen Sandra Wachtel und Ulrike Jensen über das große Areal der Gedenkstätte. Nicht nur diejenigen Teilnehmer, die die KZ-Gedenkstätte Neuengamme noch nicht kannten, waren beeindruckt von den Dimensionen des Klinkerwerkes. Zur Zeit der Erbauung sollte es das größte in Europa werden, wurde aber durch das Kriegsende nie in Betrieb genommen.

Führung am internationalen Mahnmal mit der Skulptur „Le Deporté" von Françoise Salmon.
Foto: Dr. Harald Schmid

In den Teilnehmergruppen wurde lebhaft über die Verantwortlichen und Profiteure in den damaligen Ämtern und Firmen diskutiert. Ein Schwerpunkt der Fragen bezog sich auf die gegenwärtigen Möglichkeiten einer angemessenen Nutzung der leerstehenden riesigen Gebäude. Obwohl nach den Führungen noch vorgesehen war, eigenständig einen der vielen Ausstellungskomplexe besichtigen zu können, so reichte die Zeit bei weitem nicht aus, um die vielen thematischen Angebote wahrzunehmen.

Die Exkursion schloss mit einem herzlichen Dank an die kompetenten Mitarbeiterinnen, wobei die Anerkennung für die Bereitstellung der Leib und Seele zusammenhaltenden Verpflegung mit eingeschlossen war. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen gaben die Rückmeldung, dass die ausführlichen Informationen für sie sehr hilfreich gewesen waren und viele äußerten die Absicht, unbedingt ein weiteres Mal Neuengamme besuchen zu wollen. ◄

Stabwechsel in Kaltenkirchen: Hans-Jürgen Kütbach ist neuer Vorsitzender des Trägervereins

Der Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch hat in den 20 Jahren seines Bestehens drei Vorsitzende gehabt: Gerhard Hoch (1999–2004), Uta Körby (2004–2013) und Uwe Czerwonka (2013–2019). Das spricht für verlässliche Kontinuitäten in der Vereinsleitung.

Der seit 2013 amtierende Vorsitzende Uwe Czerwonka hat die Gedenkstätte mit ruhiger Hand und bedachtsam-ausgleichender Leitung durch schwieriges, aber spannendes Fahrwasser geführt. In seine Amtszeit fiel unter anderem die erste Phase der baulichen Erweiterung der Gedenkstätte, zuletzt auch noch die Auswahl einer erstmals hauptamtlichen Leitungsstelle. Da Czerwonka nicht mehr für eine weitere Wahlperiode kandidierte, wurde nun Hans-Jürgen Kütbach auf der erweiterten Jahreshauptversammlung am 5. Juni 2019 einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Trägervereins gewählt. Stellvertreter wurde Dr. Gerhard Braas. Indre Schmalfeld (Schriftführerin) und Hans Werner Berens (Kassenwart) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als Beisitzer wurden Uta Körby, Reinhard Bundschuh und Dieter Fiesinger wiedergewählt, neu gewählt wurden Frauke Greuel, Andrew Craston und der bisherige stellvertretende Vereinsvorsitzende Hans-Joachim Wolfram.

Der neue Vorstand (v.l.): Hans-Jürgen Kütbach, Dr. Gerhard Braas, Indre Schmalfeld, Hans Werner Berens, Frauke Greuel, Hans-Joachim Wolfram, Uta Körby, Dieter Fiesinger, Andrew Craston.
Foto: Hans Georg Borchers

Kütbach (FDP) war von 2001 bis Anfang 2019 erster direkt gewählter Bürgermeister von Bad Bramstedt. Er ist in der Region bestens vernetzt und in diversen, vor allem sport- und jugendpolitischen Verbänden und Vereinen leitend aktiv, auch auf Bundesebene. Im Trägerverein der Gedenkstätte ist er bereits seit 2001 Mitglied und kennt dadurch die Entwicklung der letzten Jahre gut.

Der Verein steht vor einer Reihe großer Aufgaben, die Kütbach mit dem Vorstand und dem Gedenkstätten-Team um den neuen Leiter Marc Czichy angehen wird. Von der Landesregierung hat der Verein kürzlich 165.000 Euro bewilligt bekommen. Damit soll der zweite Teil des 2016 begonnenen Erweiterungsbaus realisiert werden, um den zur Verfügung Raum für die Arbeit der Gedenkstätte deutlich zu vergrößern. Insbesondere für neue Ausstellungen, das Archiv und Veranstaltungen braucht man in Springhirsch dringend angemessen Räume. Zudem steht die Neuerarbeitung der Dauerausstellung inklusive einer Ausstellung zur „zweiten" Geschichte des historischen Ortes nach 1945 an.

Eine weitere, perspektivisch zentrale Herausforderung markiert die kommunale und regionale Unterstützung der Gedenkstätte – mit Blick auf eine nachhaltige Absicherung der Einrichtung ist dieses strategische Ziel von hoher Bedeutung. Landesregierung, BGSH und LAGSH werden den neuen Vorsitzenden dabei nach Kräften unterstützen. *(H.S.)* ◄

Satirisch gegen rechts Gedenkstätte Ahrensbök veranstaltete drei Aktionswochen „Für Demokratie und bunte Vielfalt"

Monika M. Metzner

Eine Stadt stand auf gegen rechts. Sechsundzwanzig Tage, vom 1. bis zum 26. Juni 2019, organisierten der Trägerverein der Gedenkstätte Ahrensbök in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung drei Aktionswochen „Für Demokratie und bunte Vielfalt". Sie wirbelten sowohl in Ahrensbök als auch in der ostholsteinischen Kreisstadt Eutin mächtig Staub auf. Nicht mit erhobenem Zeigefinger, nicht mit wortlastigen Informationen, vielmehr mit – oft bissigem – Humor sollten insbesondere junge Menschen motiviert werden, gegen Menschenfeindlichkeit und gegen Rassismus aufzustehen.

Titelseite des Veranstaltungsflyers (Ausschnitt)

Auftakt war ein runder Tisch. Als die Organisatoren Anfang des Jahres zum ersten Mal in das Eutiner Rathaus einluden, war der Raum proppenvoll. Es kamen Vertreterinnen und Vertreter von Jugendzentren, Schulen und Bildungsstätten, Vereinen und Parteien, Bürgermeister und andere Stadtoberen sowie Kirchen, Museen und Festspiele, Polizei, Flüchtlingshelfer ebenso wie Service-Clubs, Friedens- und andere Initiativen, Sparkassen und Stiftungen, Geschäftsleute und jeder und jede, die sich engagieren wollten. Und alle machten mit.

Mittelpunkt der Aktionswochen war die Wanderausstellung „Oh, eine Dummel! Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit in Karikatur und Satire". Beim Betrachten der sechzig aktuellen Karikaturen von den besten Künstlern ihrer Zunft sowie einem Begleitprogramm mit Film- und Fernsehbeiträgen blieb manchem Besucher das Lachen im Hals stecken. Beispielsweise bei der Karikatur, auf der ein Richter den wegen Mordes an einem Polizisten verurteilten „Reichsbürger" fragt, ob er nach dem Strafgesetzbuch oder nach dem Reichsrecht – mit Strick – verurteilt werden möchte.

„Politische Karikaturen der Weimarer Republik" heißt eine Ausstellung, die in der Gedenkstätte Ahrensbök noch bis zum 8. September gezeigt wird. Zu sehen sind Holzschnitt-Bilder des Zeichners Hans Gerner (1893 – 1946), der in seinen Karikaturen Militarismus und Wiederaufrüstung anprangerte. Manche der Spottbilder wirken höchst aktuell wie ein Fackelmarsch mit dem Untertitel: „So war es einmal. So kann es auch wieder kommen".

Eröffnung der Karikaturen-Ausstellung mit der Gedenkstättenleiterin Dr. Ingaburgh Klatt und Johannes Jäger, Schwiegersohn von Hans Gerner. Beim Graffiti-Workshop (unten) wurden Hocker mit Symbolen verschiedener Kulturen besprüht. – *Fotos: Ulrike Plötz, Gedenkstätte Ahrensbök*

Es gab drei Wochen lang kaum einen Tag ohne Aktion. Freiwillige führten jeden Interessierten und Schüler führten Schüler regelmäßig durch die Dummel-Ausstellung. Schulklassen wurden in den Film „Wildes Herz" über die Punkband „Feine Sahne Fischfilet" vom „Punk-Rektor" im Ruhestand Matthias Isecke-Vogelsang eingeführt. Der Aussteiger Maik Scheffler sprach vor den Oberstufen weiterführender Schulen und vor Absolventen der Polizeischule in Malente. Jennifer Teege las aus ihrem Buch „Mein Großvater hätte mich

erschossen". Es gab Poetry-Slams gegen rechts und einen Graffiti-Workshop, wo Hocker mit bunter Vielfalt besprüht wurden. Und die Journalistin Andrea Röpke informierte über „Völkische Landnahme", wie Rechtsextreme gezielt in ländlichen Räumen siedeln.

Zuletzt ein Diskurs unter dem Titel „Paroli bieten". Die Runde, die im gut besuchten Eutiner Kreishaus auf dem Podium saß – darunter die Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn (SPD) und Luise Amtsberg (Bündnis 90/Die Grünen), der schleswig-holsteinische Staatssekretär Oliver Grundei (CDU) und der Flüchtlingsbeauftragte des Kirchenkreises Ostholstein, Daniel Hettwich –, war sich einig, dass man Rechtspopulisten und Rechtsextremisten stets auf allen Ebenen sofort Kontra geben müsse.

Monika M. Metzner ist Mitglied im Trägerverein der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 e.V. ◄

Projekte, Veranstaltungen und Modernisierungen im Flandernbunker

Jens Rönnau

Für den Kieler Flandernbunker stehen in der zweiten Jahreshälfte nicht nur mehrere neue Ausstellungen und einige Veranstaltungen an, sondern auch erhebliche Baumaßnahmen, die den Bunker grundsätzlich verändern und modernisieren werden. So soll der Flandernbunker noch in diesem Jahr einen repräsentativen Vorplatz sowie im Inneren einen Aufzug erhalten.

Ein Großprojekt

Durch erhebliche finanzielle Förderungen von der Landeshauptstadt Kiel und dem Land Schleswig-Holstein kann der Verein Mahnmal Kilian, der den Erinnerungs- und Veranstaltungsort Flandernbunker betreibt, im Herbst dieses Jahres das interaktive Ausstellungs- und Vermittlungsprojekt „War mein Opa Nazi?" für KünstlerInnen, Schulklassen, Jugendgruppen und Soldaten durchführen. Es strebt gleichermaßen individuelle Forschung und Kreativität an, denn es geht darum, eigene Recherchen aus dem persönlichen Familienumfeld in einen künstlerisch-kreativen Ausstellungsbeitrag umzusetzen.

Dazu werden in der ersten Stufe professionelle Künstlerinnen und Künstler eingeladen, für die der Verein durch eine Förderung aus Mitteln der Kulturstiftung des Landes erstmals auch Künstlerhonorare zahlen kann. Unter ihnen kann zudem ein Preis von 1.000 Euro ausgelobt werden, der durch eine professionelle Jury vergeben werden soll. Die entsprechende Ausstellung dazu wird am 1. September im Flandernbunker eröffnet und bis Ende März 2020 gezeigt werden.

Aus der Ausstellung „War mein Opa Nazi?".
Foto: Anja Manleitner

Darüber hinaus werden in der zweiten Stufe Schulklassen, Jugendgruppen und Bundeswehrsoldaten eingeladen, sich an diesem Thema zu beteiligen. Die Projekte und Ausstellungen mit den Ergebnissen sollen an verschiedenen Orten präsentiert werden, vor allem in den teilnehmenden Schulen und Kirchengruppen. Die Idee zum Projekt stammt von Anja Manleitner, Mitarbeiterin des Vereins Mahnmal Kilian. Sie ist auch hauptsächlich für die Kuratierung zuständig. Insgesamt stehen für dieses Projekt über 20.000 Euro zur Verfügung, davon fast drei Viertel aus dem Kieler Projektfonds „Gemeinsam Kiel gestalten", der jährlich für alle Stadtteile ausgelobt wird, und ein gutes Viertel aus Landesmitteln.

Workshops für Schüler, Jugendgruppen und Soldaten

Im Zusammenhang mit der Ausstellung „War mein Opa Nazi?" werden ab dem 2. September drei Workshops zu diesem Themengebiet angeboten. Darin geht es vor allem darum, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und damit ein Bewusstsein zu schaffen, dass die Gesellschaft mit dem heutigen Blick zurück die Möglichkeit hat, anders zu handeln als die Gesellschaften der Vergangenheit.

- *Workshop 1: „Aber was wäre, wenn mein Opa Nazi gewesen ist?"* Allerorten sieht man Aufkleber oder Sprühparolen an Häuserwänden, öffentlichen Toiletten: FCKNZS (Abkürzung für „Fuck Nazis"). Damit wird die Ablehnung gegenüber einer wieder auflebenden politischen Tendenz ausgedrückt. Aber was, wenn einer der eigenen Vorfahren Nazi gewesen ist oder der Verwandten sich heute in diese Richtung bewegen würde? In diesem Workshop wird der Frage nachgegangen, was es für Auswirkungen auf das private Leben hätte, wenn man in der eigenen Geschichte auf unvorhergesehene Entdeckungen treffen würde.
- *Workshop 2: „Auf den Spuren russischer Kriegsgefangener".* Kriegsgefangene aller Nationen wurden im Zweiten Weltkrieg unter Zwang zu Arbeitsdiensten herangezogen, haben für das nationalsozialistische Deutschland gearbeitet. Ihre Verwandten wussten oft nicht, wo sie geblieben waren, ob sie noch lebten. Auch der Flandernbunker wurde, wie viele andere Bunker, unter Mithilfe von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern gebaut, die meist aus Osteuropa kamen. Inzwischen sind in der Gedenkstätte Lager Sandbostel Personalkarten dieser Menschen aufgetaucht. In diesem Workshop wird anhand einzelner Schicksale das Leben der Zwangsarbeiter beleuchtet.
- *Workshop 3: „Wie gehe ich mit rechtsradikalen Tendenzen in meiner Umgebung um?"* Gestern war der Mitschüler oder die Mitschülerin noch ganz normal, und heute hörst Du von ihm/ihr diskriminierende Sprüche gegen Juden, Ausländer und andere Minderheiten. – Trotz umfassender Aufklärung über 70 Jahre hinweg werden ausländerfeindliche Parolen und Judenhass wieder gesellschaftsfähig. Wie kann man dem begegnen, welche Argumente kann man vorbringen, wie überzeugen, wenn – so fürchten manche – Teile unserer Gesellschaft auf eine Wiederholung der schrecklichen Geschehnisse vor und während des Zweiten Weltkrieges zusteuern? In Zusammenarbeit mit dem Regionalen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (RBT) sollen Wege zu einem friedlichen Zusammenleben aufgezeigt werden.

Weitere Veranstaltungen

Im Rahmen der *Kieler Museumsnacht* ist der Flandernbunker inzwischen zu einer festen Station geworden. Sie findet am Freitag, den 30. August statt. Über 1.000 BesucherInnen verzeichnet der Bunker mit seinen Ausstellungen und Aktionen seit Jahren in diesen fünf Abend- und Nachtstunden, was alle MitarbeiterInnen vor hohe organisatorische Herausforderungen stellt.

Die Angebote sind darauf abgestellt, dass die meisten Menschen an diesem Abend möglichst viele Orte aufsuchen können - und die eigens an diesem Tag vor und hinter dem Bunker eingerichteten Bushaltestellen befördern die Menschen schubweise zum und vom Flandernbunker. Daher gibt es maximal 20 Minuten dauernde Führungen, Konzerte mit jiddischer Musik oder Weltmusik, das Bemalen von Friedenslichtern und Friedensfahnen als Kreativaktionen und sogar Gespräche mit Zeitzeugen. Für die Begegnungen mit Zeitzeugen steht zusätzlich ein ruhiger Raum zur Verfügung, da immer Menschen dabei sind, die das Gehörte zusammen mit den Zeitzeugen ver-

tiefen möchten. Aber nicht nur hier bleiben viele BesucherInnen länger als geplant, sondern auch bei den anderen Angeboten. Das führt dazu, dass trotz des Eventcharakters der Museumsnacht viele Menschen an die Themen Krieg, Nationalsozialismus und Verfolgung herangeführt werden.

Eindrücke von der Museumsnacht 2018 im Flandernbunker. – *Fotos: Dr. Jens Rönnau*

Café International 2018

Das bereits im Jahr 2018 mit über 600 BesucherInnen erfolgreich veranstaltete *Kulturfest „Café International"* kann auch in diesem Jahr am 29. September wieder durchgeführt werden. Leitgedanke dieses Festes ist, den Flandernbunker als historischen Ort von Zwangsarbeit und kriegerischer NS-Barbarei in der Gegenwart als Aktions- und Diskursort für Völkerverständigung und Friedensförderung zu nutzen. Möglich wird das durch eine Förderung von 5.000 Euro aus dem Fonds der Landeshauptstadt Kiel „Zusammenhalt stärken – Teilhabe sichern". Das Fest mit professioneller Musik aus verschiedenen Kulturen und kreativen Mitmachangeboten hat das Ziel, Menschen aller Kulturen und Nationen zwanglos zusammenzuführen. Der Eintritt ist frei - Bedingung ist das Mitbringen von jeweils kulturtypischen Speisen und Getränken und die Bereitschaft, dies mit anderen BesucherInnen zu teilen. Dazu wird wieder die Bunkerinsel rund um den Flandernbunker festlich hergerichtet. Das „Café International" bildet zugleich den lokalen Startpunkt des diesjährigen Kulturmeilenfestes, das vom Flandernbunker in Kiel-Wik über das Maschinenmuseum am Nord-Ostseekanal bis nach Holtenau verläuft. Dieses Stadtteilfest war ursprünglich 2001 ebenfalls vom Verein Mahnmal Kilian konzipiert worden und wird heute federführend vom Partnerverein Maritimes Viertel Kiel organisiert.

Aus dem Zyklus „In Frieden und Freiheit" des Konzeptkünstlers Enno-Ilka Uhde

Zusätzlich wird an diesem Vormittag des 29. Septembers im Flandernbunker als Start des „Café International" eine besondere Ausstellung eröffnet: Im Rahmen der Feierlichkeiten zur Wiedervereinigung am 2. und 3. Oktober, die 2019 in Kiel stattfinden, wird der Karlsruher Künstler und Philosoph Enno-Ilka Uhde einen Bild-Text-Zyklus zu 30 Jahren Mauerfall und Wiedervereinigung zeigen. Dieser Zyklus

mit dem Titel *„In Frieden und Freiheit"* umfasst insgesamt 70 Werke und hat voraussichtlich zwei Ausstellungsorte, denn neben dem Flandernbunker plant er den zweiten Teil der Ausstellung im November für die Frankfurter Paulskirche im Rahmen der dort seit Mai 2019 stattfindenden Veranstaltungen zum 70-jährigen Bestehen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Schließlich werden auch etliche Einzelveranstaltungen im Flandernbunker stattfinden, die zugleich das Rahmenprogramm für das Forschungs- und Ausstellungsprojekt „War mein Opa Nazi?" darstellen. Es startet am 10. September mit dem Vortrag *„Wann Krieg beginnt"* von der Psychoanalytikerin Dr. Mechthild Klingenburg-Vogel. Sie wirft einen Blick auf die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft vor dem Zweiten Weltkrieg und zieht Parallelen zur aktuellen Situation. Sie macht auf die Zeit eines sogenannten „Vorkriegs" aufmerksam und weist auf die kriegsähnlichen Zustände in den ärmsten Ländern der Welt hin, die sich möglicherweise irgendwann gegen die Armut wehren und damit auch gegen ihre Ausbeuter, sich also gewissermaßen schon in einem „Vorkrieg" befinden. Die weitere zentrale Frage, die damit einhergeht ist die, wie Frieden in so einer Situation entstehen kann. Im an den Vortrag anschließenden Gespräch werden mögliche Lösungen beleuchtet.

Am 14. Oktober geht es um *„Feldpostbriefe von Uwe Hinrichsen"*. Helmut Hinrichsen hat die gesammelten Feldpostbriefe seines Onkels als Buch herausgebracht. Die Briefe schildern in bedrückender Genauigkeit die Zustände an der Front und geben einen Eindruck in das Denken eines 17-jährigen Jungen vom Lande, der sich in den Kriegswirren der Ostfront nach Hause sehnt. In der Lesung zeichnet Helmut Hinrichsen den Weg seines Onkels nach und zeigt auf, wie sich der junge Uwe zu einem überzeugten Nationalsozialisten wandelt.

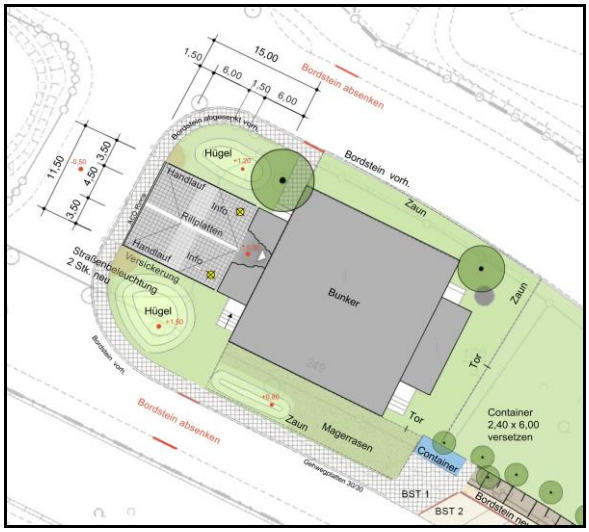
Am 9. November findet anlässlich des Gedenktages die vierstündige Musikperformance *„lait noir du matin"* statt: Das Duett „this honorable fish", bestehend aus den Münsteraner Musikern Helmut Buntjer und Anja Kreysing, verwandelt gemeinsam mit dem Niederländer Max Kuiper den Flandernbunker in eine elektroakustische Umgebung, in der immer wieder Fragmente von Paul Celans „Todesfuge" auftauchen. Die musikalische Performance wird das aktuelle Ausstellungsthema „War mein Opa Nazi?" auf einem emotionalen Weg ins Bewusstsein holen. Die Veranstaltung wird um 17 Uhr beginnen und bis 21 Uhr andauern – versetztes Kommen und Gehen der BesucherInnen ist Bestandteil des Konzepts. Sie wird gefördert vom Landesbeauftragten für politische Bildung.

Am 10. Dezember wird es um 19 Uhr um *„Posttraumatische Belastungsstörungen in den Kriegsfolgegenerationen"* gehen. Posttraumatische Belastungsstörungen, kurz PTBS, treten in der Regel innerhalb eines halben Jahres nach einem traumatischen Ereignis auf und gehen mit unterschiedlichen psychischen und psychosomatischen Symptomen einher. Seit einiger Zeit weiß man, dass solche Störungen transgenerational weitervererbt werden können und in den Kriegsfolgegenerationen gar nicht selten sind. In ihrem Vortrag zeigt die Diplompsychologin Petra Kleinewördemann auf, wie diese Störungen entstehen, was man dagegen tun kann, und wie man eine Weitergabe an die nächste Generation vermeidet.

Baumaßnahmen am Flandernbunker

Trotz der großen Veranstaltungsdichte stehen am und im Flandernbunker in diesem Jahr auch erhebliche Bauarbeiten bevor. Grund sind Fördermittel in Höhe von einer halben Million Euro, die 2019 aus dem Landesinfrastrukturprogramm IMPULS für die Gedenk- und Erinnerungsorte Ahrensbök, Kaltenkirchen und Flandernbunker zur Verfügung gestellt wurden. Hierfür hatte sich besonders die Landtagsabgeordnete Marlies Fritzen von der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eingesetzt. Der Verein Mahnmal Kilian wird aus diesen Mitteln 172.000 Euro erhalten. Damit kann er zwei lang gehegte Wünsche umsetzen: den Bau eines repräsentativen Vorplatzes am Flandernbunker sowie den Einbau eines

Aufzugs. Zugleich kann der Verein so nun endlich auch seinen Plan realisieren, den Bunker weitestgehend barrierefrei zu gestalten. Insgesamt werden für die Baumaßnahmen über 215.000 Euro veranschlagt.



So soll der neue Vorplatz des Flandernbunkers aussehen (Ausschnitt). – *Abbildung: Niels-Ahsbahs*

Neben allen Aktivitäten in Kiel beteiligt sich der Verein Mahnmal Kilian auch in diesem Jahr an der inhaltlichen Vorbereitung und Durchführung der Landesgedenkstättentagung. Sie findet erstmalig in Kooperation mit dem Nachbarbundesland Mecklenburg-Vorpommern statt. Das Thema lautet: „Gedenkstättenlandschaften in Ost und West 30 Jahre nach der Grenzöffnung". Tagungsort ist vom 15. bis 16. November Schwerin (s. gesonderter Beitrag in diesem Newsletter).

Dr. Jens Rönnau ist Vorsitzender des Vereins Mahnmal Kilian und Sprecher des Beirats der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. ◄

Erinnern an das erste NS-Opfer in Quickborn: Gedenkstele für Paul Warnecke eingeweiht

Enno Hasbargen

Am 11. Juni 2019 wurde im Quickborner „Birkenwäldchen/Dorotheenpark" eine Stele für den am 5. März 1933 ermordeten jungen Kommunisten Paul Warnecke im Beisein von Bürgermeister Köppl und dem Quickborner Geschichtsforscher Jörg Penning feierlich enthüllt und eingeweiht. Und zwar ziemlich genau an der Stelle, an der in der Mordnacht der angeschossene Paul Warnecke verblutete (nähere Informationen zum historischen Kontext finden Sie hier).

Nach 86 Jahren: Erinnerung an den ermordeten Paul Warnecke. – *Fotos: Reinhard Kuchel*

Damit knüpften die Stadt und die „Arbeitsgruppe Paul Warnecke" innerhalb des Trägervereins Henri-Goldstein-Haus e.V. an einen Beschluss der Gemeindevertretung von 1946 an. Sie hatte damals entschieden, dass das Gelände, auf dem Paul Warnecke erschossen wurde, künftig den Namen „Paul-Warnecke-Platz" tragen solle. Dies ist in all den Jahr-

zehnten nicht geschehen, aber die Arbeitsgruppe konnte jetzt Einvernehmen mit der Stadt erzielen, dass auf den Tod Paul Warneckes als erstes Opfer des Nationalsozialismus in Quickborn an dieser Stelle in geeigneter Weise hingewiesen wird.

Zur Einweihungsfeier war auch die Nichte Paul Warneckes, Christa Abendroth, gekommen. Musikalisch wurde sie umrahmt vom Posaunenchor der evangelischen Kirche. Bürgermeister Thomas Köppl erinnerte an die Schrecken der Nazizeit und an die Notwendigkeit, auch und gerade heute immer wieder darauf hinzuweisen. Jörg Penning, der schon vor Jahren den Anstoß zu dieser Aktion gab, erläuterte in seiner Rede die Tat und die politischen Hintergründe. Als Abschluss trugen Mitglieder des Trägervereins das Gedicht „Kollektivschuld" von Wolfgang Bittner vor, das mit den Zeilen beginnt:

„Wir haben es nicht gewusst,
Keiner hat es gewusst,
Keiner hat es wissen wollen,
Keiner wollte es wissen.
Selbst wer es hätte wissen können,
Hat es nicht wissen wollen,
Selbst wer es wissen konnte,
Wollte es nicht wissen."

Enno Hasbargen ist Mitglied im Träger- und Förderverein Henri-Goldstein-Haus e.V. ◄

„Frieden, Freiheit, Toleranz" – Ergebnis des Schülerwettbewerbs zur Umgestaltung des Pinneberger Kriegermals

Jochen Hilbert

Seit 2017 wird in Pinneberg über ein „Ehrenmal" für Tote des Ersten Weltkriegs aus dem Jahr 1934 debattiert. Angestoßen hat die Auseinandersetzung die Initiative „Mahnmal statt Kriegerdenkmal am Pinneberger Bahnhof". Nachdem die Ratsversammlung der Stadt Pinneberg die Umwandlung zu einem Mahnmal befürwortet hatte, wurde eigens eine städtische Arbeitsgruppe eingesetzt. Ein erster wichtiger Schritt der Arbeitsgruppe bestand in einer Sachverständigenanhörung im Mai 2018 (s. *NEWSLETTER* Nr. 13, Juli 2018, S. 25–27). In der folgenden Zeit einigte sich die Arbeitsgruppe darauf, zunächst einen Schülerwettbewerb, dann einen künstlerischen Wettbewerb auszurichten, der das vorhandene kriegsverherrlichende Bauwerk am Pinneberger Bahnhof durch eine mit dem Denkmalschutz zu vereinbarende Ergänzung zu einem Mahnmal wandeln sollte.

Im Dezember 2018 wurden alle Schulen mit Sekundarstufe II im Kreis Pinneberg angeschrieben und Preise im Wert von 500 Euro ausgelobt. Es meldeten sich von zwei Schulen drei Gruppen an, die zu einer erbetenen verlängerten Frist bis zum 1. März 2019 insgesamt 19 Entwürfe einreichten.

Eine im März tagende Jury bekannter und von allen Ratsfraktionen akzeptierter Personen unter anderem aus Schule, VHS-Geschichtswerkstatt und Kirche zeigte sich angetan von der Kreativität der beteiligten Schüler. Dies in einem Maße, dass ein folgender Künstlerwettbewerb zum Teil in Frage gestellt wurde.

Den von Jonas Antonacopoulos, Nicolas da Silva Carvalho, Sophie Beyer und Bendix Beyer vom Wolfgang-Borchert-Gymnasium in Halstenbek eingereichten Entwurf wählte die Jury auf Platz drei. Ihr Vorschlag, in dessen Mittelpunkt ein Text steht, der die Aussage des Denkmals einordnen und seine Botschaft erweitern soll, setzt sich sehr differenziert mit den historischen Zusammenhängen und der kriegsverherrlichenden Aussage des Kriegerdenkmals auseinander.

Auf Platz zwei setzten die Juroren die Idee einer „Friedenstaube", vorgeschlagen von Milan Heinrich und Marc Schröder, beide von der Klasse 13 b der Johann-Comenius-Schule Pinneberg-Thesdorf (JCS). Ihr Entwurf sieht vor, mittels 312 Löchern den Umriss einer Taube zu in eine große Metallplatte zu stanzen, versehen mit dem Schriftzug „Nie wieder Krieg". Die Zahl 312 bezieht sich auf die im Sockelbe-

reich der Stele des Kriegermals im Baujahr 1934 genannte Zahl von Gefallenen, die in der Gegenwart für nur circa 280 Gefallene rekonstruiert werden kann. Die Jury urteilte: „In diesem Entwurf ist es in bemerkenswerter Weise gelungen, die 312 Gefallenen und deren Hinterbliebene zu einem Symbol des Friedens zu machen."

Den ersten Preis erhielt ein Entwurf mit dem Titel „Pfeiler und Säule", den eine Gruppe von Schülerinnen aus derselben Klasse der JCS erarbeitet hatte: Franca Deertz, Leandra Heußmann, Lina-Marie Huck und Lisa Straka. Die Begründung für diesen Entwurf beginnt mit dieser Formulierung: „Wir wollen ein Objekt bauen, das den internationalen Zusammenhalt symbolisiert". Der helle Pfeiler soll aus dem gleichen Material bestehen wie das „Ehrenmal" und für die deutsche Vergangenheit stehen, die schwarze Säule soll aus Kunststoff gefertigt werden und die Worte „Frieden, Freiheit, Toleranz" tragen, die nachts beleuchtet sind. Eine optische Gleichrangigkeit mit dem vorhandenen Bauwerk ist augenfällig, analog zu den Bäumen sollen sich Pfeiler und Säule ohne Sockel aus dem Boden erheben. Das könnte eine Alternative zu der Nazi-Stele darstellen.

Der erste Preis des Wettbewerbs ging an den Entwurf „Pfeiler und Säule". – *Foto: Franca Deertz, Leandra Heußmann, Lina-Marie Huck und Lisa Straka*

Am 27. April 2019 berichtete das *Pinneberger Tageblatt* über die Präsentation der Schülerentwürfe tags zuvor in der Ratsversammlung. Im Kommentar formuliert Redakteur René Erdbrügger: „Großartige Vorschläge. Die Aufarbeitung der Nazi-Zeit ist ein ernstes, wichtiges Thema. Die Ideen und Vorschläge der Schüler, die beim Denkmalwettbewerb mitgemacht haben, sind allerdings ein Grund, sich zu freuen. Darüber, dass sich die jungen Menschen wissbegierig, analytisch und profund mit dieser dunklen Seite der deutschen Geschichte auseinandergesetzt haben. Es hat sich gelohnt. Die Arbeiten sind allesamt durchdacht und großartig. Auch künstlerisch wertvoll. Und notwendig, um das Kriegerdenkmal ins richtige Licht zu rücken.".

Dieses Lob ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass die Schülergruppen sehr engagiert und eindrucksvoll ihre Überlegungen über eine Stunde lang vor der Ratsversammlung und anwesender Öffentlichkeit vortrugen. Beobachter hegten das Gefühl, nun sei doch ein Meilenstein auf dem Weg zu einer gewünschten Mahnmalgestaltung passiert worden. Vermutlich ist damit wenigstens die vormalige Idee einer unauffälligen kleinen Tafel inklusive bagatellisierendem Text nicht mehrheitsfähig.

Die vorliegenden Schülerentwürfe und die Reaktionen darauf in der Öffentlichkeit zeigen, dass dieser erste Wettbewerb eine richtige Entscheidung war. Doch nach Einschätzung von Fachleuten kann so ein Mahnmalprojekt nur mit professioneller Begleitung verwirklicht werden. Künstler sind also in jedem Fall einzubinden. Wenn schon Schüler so erfreuliche Ideen entwickelten, dann könnte ein Künstlerwettbewerb weitere interessante Ideen erbringen. Die nächsten Aufgaben, die sich im Rahmen der Realisierung des Mahnmals ergeben, lauten also: Es muss eine Entscheidung über den Künstlerwettbewerb getroffen werden und es muss über eine Summe verhandelt werden, die das Mahnmal maximal kosten darf. Die Künstler/innen wären relativ frei, auch Entwürfe der Schüler aufzugreifen und zu variieren. Für ein Preisgeld von zum Bei-

spiel 3.000 Euro böte sich für Pinneberg die Chance, erneut von einer erstaunlichen Kreativität inklusive Realisierbarkeit überrascht zu werden.

Jochen Hilbert ist Sprecher der Initiative „Mahnmal statt Kriegerdenkmal am Pinneberger Bahnhof". ◄

Gedenkkultur und justizielle Aufarbeitung. Rückblick auf zwei Vortragsabende des Landesbeauftragten für politische Bildung

Christian Kniese, Hauke Petersen

Im Februar und April dieses Jahres fanden in Kiel und Schleswig zwei Vortragsveranstaltungen statt, die sich aus unterschiedlicher Perspektive mit der Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzten. Zu beiden Veranstaltungen hatte der Landesbeauftragte für politische Bildung eingeladen, jeweils in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie".

Verhöhnen der Opfer durch Gedenken der Täter?

Die Erinnerung an den Nationalsozialismus hat in den letzten 70 Jahren einen starken Wandel durchlaufen – vom Kriegergedenken bis zur heutigen ausdifferenzierten Gedenkkultur. Trotzdem fällt es nach wie vor schwer, einen kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte zu finden, gerade wenn es um lange bestehende Denk- und Mahnmale im öffentlichen Raum geht. Das zeigte Dr. Stephan Linck von der Evangelischen Akademie der Nordkirche bei seinem Vortrag „Heldengedenken? Die Erinnerung an die NS-Zeit" am 20. Februar im Kieler Landeshaus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand vielerorts die Erinnerung an die „Gefallenen", an die deutschen Soldaten im Mittelpunkt der Gedenkkultur, so Linck. Dabei sei nicht differenziert worden zwischen Mitläufern und Tätern. Und erst recht nicht – bis auf wenige Ausnahmen – sei den Opfern des Nationalsozialismus gedacht worden. Stephan Linck betonte, dass diese Erinnerungskultur eingerahmt wurde durch politische Strukturen in Schleswig-Holstein, in denen ehemalige Nationalsozialisten wieder Schaltstellen der Politik eingenommen hatten.

In den 1980er- und vor allem 1990er-Jahren habe Gedenkkultur die Opfer des Nationalsozialismus mehr und mehr in den Mittelpunkt gerückt. Man erkenne dies zum Beispiel an der Zunahme von Initiativen, die „vergessene" Konzentrationslager ausfindig machten. Zum Beispiel in Kiel wurde damals der Arbeitskreis Asche-Prozess aktiv. Auch die Einführung des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, verkündet durch den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, habe die veränderte Gedenkkultur aufgezeigt, so Linck.

Dr. Stephan Linck beim Vortrag im Landeshaus.
Foto: LpB

Der Gegenwart attestierte Linck zwar eine sehr ausdifferenzierte Gedenkkultur. Allerdings machte er klar: Neue Formen des Gedenkens seien additiv hinzugekommen. Alte Formen würden so weder ersetzt noch auf kritische Weise neu reflektiert. „Welches Bein stellen wir uns eigentlich damit, dass wir alte Denkmäler unkommentiert stehen lassen?", fragte Linck. Dabei zeigte er das Gruppenfoto einer Gedenkfeier von Rechtsextremisten, die am Volkstrauertag in Lübeck stattgefunden habe.

Anhand mehrerer Denkmäler mit verfassungsfeindlichen Symbolen oder abgewandelten Leitsprüchen der SS schloss er das Thema ab: „Egal, wie gut oder gut gemeint eine Trauerrede ist: Bei derartigen Steinen Kränze niederzulegen finde ich mehr als zweifelhaft. Wir können dann noch nicht sagen, wir hätten die NS-Zeit ausreichend reflektiert und hinter uns gelassen."

Das Publikum schien diesem Resümee zuzustimmen. Die anschließende angeregte Diskussion nahmen etliche Gäste zum Anlass, über konkrete Denkmäler vor Ort zu diskutieren. Einige brachten konkrete Handlungsvorschläge ein, eine eigene, kritisch-reflektierende Gedenkkultur zu pflegen. – Weitere Informationen zu Stephan Lincks Forschungen über Gedenkkultur finden sich auf der Website des Projektes „Denk Mal!"

Kein Schlussstrich unter die NS-Aufarbeitung

Am Abend des 9. April war der ehemalige Präsident des Landgerichts Lübeck, Hans-Ernst Böttcher, zu Gast im Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig. Böttcher nahm in seinem Vortrag die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Schleswig-Holstein unter die Lupe.

Bevor Hans-Ernst Böttcher das Wort übernahm, begrüßte der Vizepräsident des Oberlandesgerichts, Rainer Hanf, die etwa 120 Gäste. Er wies insbesondere auf die Verantwortung hin, in Zeiten, in denen nationalistische Ressentiments wieder salonfähig werden, unsere Vergangenheit nicht zu vergessen. Berndt Steincke verwies für die Vereinigung „Gegen Vergessen - Für Demokratie" in einem anschließenden Grußwort auf Länder wie Russland oder die Türkei, die ihre eigene Geschichte nicht aufgearbeitet hätten und damit auch keinen inneren Frieden erlangen könnten.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung, Dr. Christian Meyer-Heidemann, stellte daraufhin die Aufarbeitung der personellen Kontinuitäten des Schleswig-Holsteinischen Landtags nach 1945 dar. Er betonte, dass es angesichts immer neuer, erschreckender Erkenntnisse aus der historischen Forschung keinen Schlussstrich unter die NS-Aufarbeitung geben könne und dürfe.

Hans-Ernst Böttcher referierte zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein.
Foto: LpB

So lautete auch der Titel des Vortrags von Hans-Ernst Böttcher: „Es kann und darf keinen Schlussstrich unter die NS-Aufarbeitung geben!" Er bettete seinen Vortrag in das NS-(Justiz-)Unrecht und seine „Aufarbeitung" in Schleswig-Holstein in den rechtlichen und strukturellen Zusammenhang des gesamten Deutschen Reichs und der im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebiete Europas ein. Er zeigte, dass sich in Schleswig-Holstein Parallelen zum gesamten Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus finden, dass Schleswig-Holstein aber auch in jeder Beziehung Besonderheiten aufweist. Diese hängen – so Böttcher – mit sehr unterschiedlichen Faktoren zusammen, etwa:

- dass Schleswig-Holstein schon vor 1933 eine Hochburg des Nationalsozialismus war;

- dass es noch um den 8. Mai 1945 herum zu den wenigen verbliebenen Restbestandteilen des NS-deutschen Territoriums gehörte;
- dass es zuvor während des Krieges einen regelrechten „Export" von Verwaltungsbeamten in die besetzten Gebiete Europas gab;
- dass Richter und Verwaltungsbeamte aus dem gesamten früheren „Großdeutschen" Reich sich gegen Ende des Krieges hier in großer Zahl wiederfanden;
- dass die Auswirkungen der Kriegsgerichtsbarkeit (insbesondere der Marine) in besonderer Deutlichkeit zu spüren waren;
- dass in Schleswig-Holstein die Entnazifizierungspolitik – nach anfänglicher Ernsthaftigkeit, wie überall im von den Alliierten besetzten Deutschen Reich – besonders drastisch „zurückgefahren" wurde.

Böttcher machte deutlich, dass die historische Betrachtung nicht von unserer heutigen Gegenwart zu lösen ist. Er reflektierte dementsprechend immer wieder die Frage, wie es um das Recht und um die Justiz in Deutschland und in Europa heute bestellt ist. Denn das Nachdenken über die Vergangenheit sei, so Böttcher, nicht nur „gegen Vergessen" gerichtet, sondern auch dazu da, „für Demokratie" zu werben.

Christian Kniese ist Referent für digitale Angebote beim Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein. Dr. Hauke Petersen ist Stellvertreter des Landesbeauftragten für politische Bildung Schleswig-Holstein. ◄

„Aghet" – der Völkermord an den Armeniern
Ökumenische Gedenkfeier in der Lutherkirche Lübeck

Soldaten des Osmanischen Reichs ermordeten während des Ersten Weltkrieges, insbesondere in den Jahren 1915 und 1916, mehrere hunderttausend, vielleicht über 1,5 Millionen Armenier. Seit Jahrzehnten ist dieser Genozid von internationalen Institutionen und vielen Staaten als Völkermord anerkannt. Die Türkei stellt diese Deutung bis heute in Abrede.

Seit den 1980er-Jahren hat sich nach und nach der 24. April als Gedenktag für diesen systematischen Massenmord etabliert. In der Nacht vom 24. Auf den 25. April 1915 hatten die Massenmorde und Vertreibungen begonnen. Die norddeutsche Gedenkfeier zum Völkermord an den Armeniern fand in diesem Jahr am 23. April in der Lübecker Lutherkirche statt, die sich als Gedenkstätte in der Nordkirche besonders für diese ökumenische Feier eignet. Der Gedenkgottesdienst wurde gemeinsam gestaltet von dem für die armenisch-apostolisch orthodoxe Kirche in Norddeutschland zuständigen Pfarrer Hratsch Biliciyan, der Referentin für den Mittleren Osten beim Zentrum für Mission und Ökumene der Nordkirche Hanna Lehming und der Gemeindepastorin Constanze Oldendorf.

Hanna Lehming bezeichnete das Geschehen in ihrer Ansprache als „eine der grausamsten Barbareien, die das 20. Jahrhundert gesehen hat". Als am 24. April 2015 weltweit des hundertsten Jahrestags gedacht wurde, habe der Völkermord auch in Deutschland durch neu erschienene Bücher, in Fernsehdokumentationen, bei Veranstaltungen und Gedenkfeiern endlich eine umfassende Aufklärung und Auseinandersetzung gefunden. „Lange, viel zu lange, musste die armenische Gemeinschaft warten auf diese öffentliche Anerkennung der Verbrechen, die an ihrem Volk begangen wurden."

Sie verwies darauf, dass der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erst im Jahr 2005 mit einer Erklärung zum Völkermord an den Armeniern an die Öffentlichkeit gegangen war und dazu aufgefordert hatte, die Wahrheit beim Namen zu nennen. „Die deutsche Bundesregierung jedoch weigerte sich damals noch hartnäckig, diese Wahrheit auszusprechen – aus Sorge um ihre politischen Beziehungen zur Türkei."

So habe die armenische Gemeinschaft einmal mehr erfahren müssen, „dass Moral in der Politik keine Rolle spielt. Ja, schlimmer noch: Für den Schutz von Minderheiten setzt sich keine internationale politische Macht ein, selbst wenn Hunderttausende vom Tod bedroht sind. Die Welt opfert ganze Völker, solange sie kein politisches Interesse an ihnen hat. So war es damals, als das Deutsche Reich als einer der wichtigsten Alliierten an der Seite des Osmanische Reiches im Ersten Weltkrieg kämpfte. (…) Das Deutsche Reich ließ es geschehen und tat nichts zur Verhinderung des Völkermords."

Ökumenischer Gedenkgottesdienst in Lübeck mit (v.l.) Pastorin Hanna Lehming, Pfarrer Hratsch Bilician und Gemeindepastorin Constanze Oldendorf. *Foto: Dr. Karen Meyer-Rebentisch*

Lehming betonte die historische Kontinuität dieser Haltung: Auch als europäische Exilpolitiker und aus Deutschland geflüchtete Juden während des Zweitens Weltkriegs die Westalliierten drängten, den Genozid an den europäischen Juden zu stoppen, geschah nichts. Vielmehr schlossen etliche Staaten ihre Grenzen für Flüchtlinge. „Die nach Auschwitz führenden Gleise bombardierten sie nicht – trotz verzweifelter Apelle von Geflüchteten, dies zu tun."

„Nicht anders in Ruanda", so Lehming, „wo in diesem Jahr zum 25. Mal der Opfer des Völkermords an den Tutsi gedacht wird. Die internationale Gemeinschaft reagierte damals auf den Ausbruch der Gewalt, indem sie Ausländer aus Ruanda ausflog. Die Zahl der stationierten Blauhelm-Soldaten wurde, statt sie zum Schutz der Bedrohten aufzustocken, drastisch reduziert. Niemand schützte die Menschen vor dem entsetzlichen Massaker, das jetzt losbrach."

Lehming weiter: „Das Gedenken ist der Protest gegen eine Welt, in der Menschenleben geopfert werden. Es ist ein Protest gegen das Vergessen. Erinnern heißt: Die Toten sind nicht tot. Wir halten sie und ihr Recht zu leben wach. Darum ist die Anerkennung des Verbrechens so wichtig, denn sie würde bedeuten: Diese Verbrechen hätten niemals geschehen dürfen, denn die Menschen hatten ein Recht auf Leben wie alle Menschen auf Erden. Sie zu ermorden war darum ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Gedenken ist der Platzhalter für Gerechtigkeit."

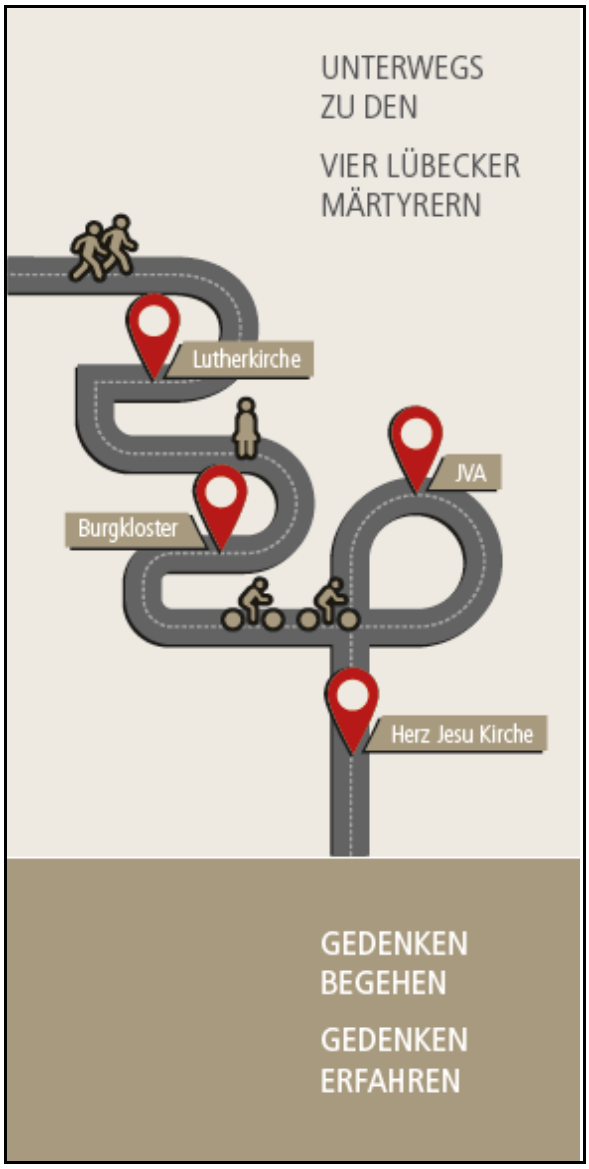
Auf offizieller Ebene in Deutschland wird der Völkermord an den Armeniern inzwischen als solcher offen angesprochen. Lehming: „Es war Joachim Gauck, der 2015 als erster deutscher Bundespräsident den Völkermord beim Namen nannte. (…) Nach kontroversen Debatten beschloss der Deutsche Bundestag am 2. Juni 2016 endlich seine Resolution ‚Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916'".

Und auch die EKD habe mittlerweile den Genozid anerkannt: „Endlich, im vergangenen Jahr, reiste der evangelische Bischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm auf Einladung von Katholikos Karekin II, dem Oberhaupt der Armenisch-Apostolischen Kirche, nach Armenien." Es sei das erste Mal gewesen, dass ein EKD-Ratsvorsitzender nach Armenien und zur Armenisch-Apostolischen Kirche reiste. „Warum", fragte Lehming, „hat die Anerkennung des Völkermords an unseren christlichen Geschwistern in der evangelischen Kirche so lange gedauert? Ja, auch für unsere Kirche gilt, dass sie zu oft ihr Fähnlein nach dem Wind hängt, nach politischer Bedeutung schielt, klare Worte und Solidarität mit Verfolgten vermissen lässt." Umso mehr freue sie sich, „dass wir nun endlich aufeinander zugehen und dass das Gedenken heute in einer evangelischen Kirche stattfinden kann". *(H.S.)* ◄

Auf den Spuren der Lübecker Märtyrer. Gedenkweg durch Lübeck neu überarbeitet

Ines Langhorst, Karen Meyer-Rebentisch

Der Arbeitskreis 10. November, der sich dem Gedenken der Lübecker Märtyrer widmet, hat gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) den Gedenkweg neu überarbeitet. Eingeweiht wurde er vor acht Jahren. Doch an den vier Stationen hat sich im Laufe der Zeit Grundlegendes verändert.



Titelblatt des neuen Flyers

Am 13. April fuhren 21 Menschen erstmals wieder die Tour entlang des neugestalteten Gedenkwegs, trotz des widrigen Aprilwetters. - *Foto: Marco Heinen*

Aus einer kleinen Dauerausstellung in der Lutherkirche ist eine Gedenkstätte entstanden. Ebenfalls zur Gedenkstätte wurde die Herz-Jesu-Kirche: Die Krypta wurde saniert und in einem Anbau gibt es eine Ausstellung. Mit dem Neubau des Hansemuseums hat sich das gesamte Areal rund um das Burgkloster, in dem der Prozess gegen die Geistlichen im Juni 1943 stattfand, völlig verändert. Und auch die Justizvollzugsanstalt Lübeck hat eine komplett neue Eingangssituation. Dort erinnert eine Stele mit Infotafel an die vier Männer.

Wegen der vielen Neuerungen ist ein aktueller Flyer hergestellt worden, mit dem sich Interessierte auch auf eigene Faust auf die Suche nach den Spuren der Lübecker Märtyrer machen können. Der Flyer kann auf der Webseite der Gedenkstätte Lutherkirche heruntergeladen werden.

Ines Langhorst ist Pressereferentin des Ev.-Luth. Kirchenkreises Lübeck-Lauenburg. Dr. Karen Meyer-Rebentisch ist Projektleiterin der Gedenkstätte Lutherkirche Lübeck und Mitglied im Beirat der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. ◄

Neue Generationen, neue Herausforderungen –neues Erinnern? Eine Diskussion über den Umgang mit dem Nationalsozialismus heute

Die Förderung der Vernetzung zu Schulen ist eine wichtige Daueraufgabe für Gedenkstätten, die ihre Orte und Themen für Jugendliche offenhalten und interessant machen möchte. Vor diesem Hintergrund laden die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und das Gymnasium Kaltenkirchen zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ein. Sie findet statt am Donnerstag, 5. September 2019, 15:00 – 17:00 Uhr, in der Mensa des Gymnasiums Kaltenkirchen (Flottkamp 34).

Die Nachmittagsveranstaltung beginnt mit einem dem Vortrag „Wem gehört die Erinnerung? Historisches Lernen in Zeiten des Rechtsrucks" von Prof. Dr. Sebastian Barsch (Historisches Seminar Christian-Albrechts-Universität zu Kiel). Im Mittelpunkt stehen dann zwei Projektvorstellungen: Zunächst stellt Jan Krebs den von ihm geleiteten Berliner Lernort „7x^{jung}" vor. Anschließend stellen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Kaltenkirchen das „Kaltenkirchener Modell" der Gedenkstättenarbeit vor. Abgeschlossen wird die Veranstaltung mit einem Podiumsgespräch zum Thema „Eure Erinnerung, unsere Erinnerung – was bedeutet die NS-Zeit heute?", an dem ebenfalls Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Kaltenkirchen mitwirken. Das genaue Veranstaltungsprogramm finden Sie hier. *(H.S.)* ◄

3. Mai 1945 – die „Cap-Arcona-Katastrophe" Internationale Tagung in Neustadt

Einer der herausragenden schleswig-holsteinischen Erinnerungsorte liegt in der Neustädter Bucht – der historische Schauplatz der „Cap-Arcona-Katastrophe" am 3. Mai 1945. Beim Untergang des vormaligen Passagierschiffs starben über 7.000 KZ-Häftlinge, die zuvor aus dem Konzentrationslager Neuengamme nach Lübeck deportiert worden waren.

Seit 1990 erinnert das Museum Cap Arcona in Neustadt an das Geschehen am Kriegsende. Weitere wichtige Gedenkorte in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern halten die Erinnerung wach.

Die internationale Tagung setzt sich insbesondere mit den historischen Kontexten rund um den 3. Mai 1945 auseinander. Zudem werden Fragen der Cap-Arcona-Erinnerungskultur thematisiert.

Zu der Tagung lädt die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten in Zusammenarbeit mit Stadt Neustadt ein. Sie findet am Freitag, 20. September 2019 statt. Tagungsort ist das Haus des Gastes, Dünenweg 7, Neustadt in Holstein.

Das detaillierte Tagungsprogramm finden Sie hier. *(H.S.)* ◄

Gedenkstättenlandschaften in Ost und West 30 Jahre nach der Grenzöffnung. Gemeinsame Gedenkstättentagung von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

Die welthistorische Zäsur des Jahres 1989 hatte tiefgreifende gesellschaftliche, politische und kulturelle Auswirkungen. Nicht nur erinnerungskulturell galt: Vieles kam nun zum Ende, manches wurde erst jetzt möglich, vielerorts kam Neues in die Welt.

Nicht zuletzt für die Gedenkstätten hatte die Zäsur weitreichende Folgen, in Ost- und Westdeutschland ebenso wie in anderen Teilen Europas. Die erste gemeinsame Gedenkstättentagung von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein am 15./16. November 2019 nimmt den 30. Jahrestag der Grenzöffnung in Deutschland und Europa zum Anlass, die Entwicklung der Erinnerungskultur im Allgemeinen und der Gedenkstättenlandschaft im Besonderen zu diskutieren. Tagungsort das Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Schwerin.

Das vollständige Tagungsprogramm mit allen Informationen zur Anmeldung finden Sie hier. *(H.S.)* ◄

Nachruf auf Günther Wilke

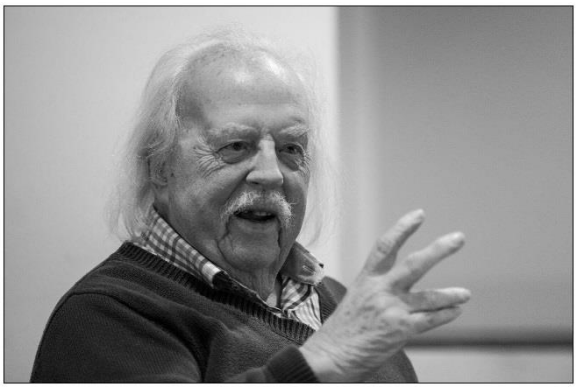
Jürgen Brüggemann

Günther Wilke war für sein jahrzehntelanges Eintreten für den Frieden, für eine sozialgerechte Welt und eine sichere und friedliche Zukunft für alle, überregional bekannt. Aus diesen Idealen heraus war Günther Wilke ein überzeugter und aktiv handelnder Antifaschist. Konsequent wandte er sich gegen alte und neue Nazis. Die erstarkende neue Rechte, die zunehmende rechte Gewalt gegen Menschen anderer Herkunft, anderer Hautfarbe und Religion und gegen politische Gegner, ließen ihn nicht ruhen. Die Tatsache, dass durch die AfD völkischer Nationalismus. Rassismus und Hass auch in den Parlamenten ungehindert Verbreitung findet, waren für ihn auch noch im hohen Alter Motiv, mit dem geschriebenen und gesprochenen Wort, für Toleranz, Weltoffenheit, Menschenwürde, echte Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit zu werben. Günther Wilke war überzeugt, dass die Verwirklichung dieser Ideale, dass eine bessere Welt möglich und nötig ist.

Im Sinne dieser Ideale erwarb sich Günther Wilke, mit seinem jahrzehntelangen Wirken in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), große Verdienste. Durch seine ausgeprägte Fähigkeit, Menschen unterschiedlicher Herkunft, Weltanschauung, Religion und politischer Differenzen im solidarischen Miteinander zusammenzuführen, erfuhr er persönlich allseits große Anerkennung. Diese Anerkennung trug auch zur Verankerung der VVN-BdA in breiten gesellschaftlichen Bündnissen bei.

Günther Wilke engagierte sich an verschiedenen Orten in der Gedenkstättenarbeit Schleswig-Holsteins. Erwähnt sei hier nur seine Mitarbeit in der Initiative „Blumen für Gudendorf".

Oft und gern trat er als Zeitzeuge auf. Häufig wurde er gemeinsam mit seiner Ehefrau Marianne Wilke, der langjährigen Landesvorsitzenden und jetzigen Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA in Schleswig- Holstein, von Schulen und Gedenkstätten eingeladen. Beiden gelang es, vor allem bei Schülern und Jugendlichen, Interesse für die Ursachen und Schrecken der NS-Diktatur zu wecken und dieses Interesse auch auf die Nachkriegsgeschichte auszudehnen. Beide konnten aus eigenen Erfahrungen schildern, wie in der jungen Bundesrepublik ehemals Verfolgte, wieder verfolgt wurden und nicht selten von Richtern verurteilt wurden, die schon vor 1945 ihre Urteile fällten.



Günther Wilke (1930–2019). – *Foto: mediabase*

Im Alter von 88 Jahren wurde Günther Wilke feierlich aus seinem 70-jährigen Berufsleben vom *Wedel-Schulauer Tageblatt* verabschiedet. Schwerpunkte seiner Berichterstattung waren Kultur und Sport. Schließlich war er selbst lange Zeit aktiver Boxer und über 40 Jahre ehrenamtlicher Sportfunktionär. Der leidenschaftliche Journalist arbeitete unter anderem auch für die *Hamburger Volkszeitung*, das *Pinneberger Tageblatt* und das *Hamburger Abendblatt*. Nach dem feierlichen Abschied von der Zeitung nahm er gern das Angebot der Bürgermeisterin der Stadt Schenefeld an, eine Chronik der Stadt für die Jahre von 1945 bis zur Gegenwart zu schreiben. Vor wenigen Wochen gab er zu den Ergebnissen seiner Arbeit eine viel beachtete Pressekonferenz.

Günther Wilke verstarb am 21. Juli 2019 vor Vollendung seines 90. Lebensjahres, im Kreise seiner Familie, nach einem immer aktiven und erfüllten Leben.

Dr. Jürgen Brüggemann ist Vorsitzender des Landesverbands Schleswig-Holstein der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten. ◄

LESEZEICHEN

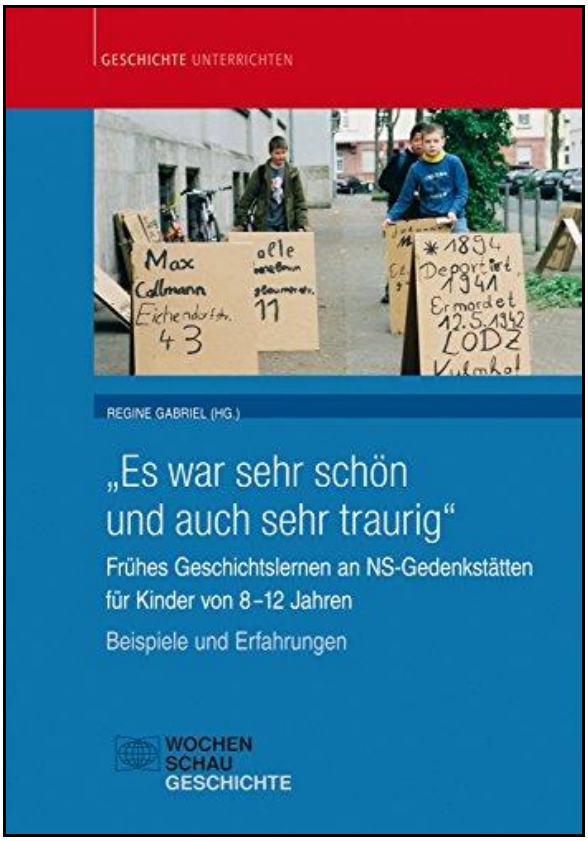
AUFGEBLÄTTERT

Kinder und Gedenkstätten

Je größer die Akzeptanz der Gedenkstätten und ihrer historisch-politischen Vermittlungsarbeit in den letzten Jahrzehnten nach und nach wurde, desto intensiver und differenzierender wurde auch die Frage nach unterschiedlichen „Zielgruppen" gestellt – ein Begriff, der inzwischen auch für den Wandel zentraler Intentionen der Gedenkstättenarbeit und der gesellschaftlichen Ausrichtung derselben steht. Im Zuge dieser Entwicklung rückten zunehmend junge und immer jüngere Menschen in den Mittelpunkt spezifischer Bildungsangebote. Der Buchmarkt hatte hier mit spezieller Literatur zum Nationalsozialismus für Kinder und Jugendliche das Terrain in gewisser Hinsicht bereits weitaus früher bereitet.

Schon seit längerem sind so auch Grundschulkinder in den Fokus der Gedenkstättenpädagogik geraten. Anfangs teilweise heftig umstritten, hat sich dieser Sektor der Bildungsarbeit an den „authentischen" Orten des NS-Terrors mittlerweile von der Grundsatzfrage, ob es pädagogisch und ethisch überhaupt verantwortbar ist, Kinder mit den unausweichlich bedrängenden und bedrückenden Themen zu konfrontieren, wegbewegt hin zum Ansatz altersadäquater Angebote. Wenngleich sich Gedenkstätten mitunter mit dieser besonderen sozialen Gruppe schwertun, gibt es inzwischen ein wachsendes Angebot für Grundschulkinder und für Lehrkräfte. Der von Regine Gabriel herausgegebene Band zum „Frühen Geschichtslernen an NS-Gedenkstätten" versammelt vier Beiträge, die hier ansetzen und von der Erfahrung verschiedener Gedenkstätten berichten: dem NS-Dokumentationszentrum Köln, der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, der Gedenkstätte KZ-Osthofen und der „Euthanasie"-Gedenkstätte Hadamar.

Eingeleitet wird die Publikation von einem fachdidaktischen Beitrag aus der Feder von Rita Rohrbach zu „Nationalsozialismus, Verfolgung und Widerstand als Thema in der Grundschule". Sie betont die schulische Erfahrung der letzten beiden Dekaden: „dass man Grundschulkinder mit diesem schwierigen Thema nicht überfordert".



Ein Buch zur Gedenkstättenpädagogik mit Kindern.

Rohrbach erläutert verschiedene Prinzipien der Gedenkstättenarbeit mit Kindern, etwa das Aufnehmen vorhandener Fragen und der Abbau von Ängsten, das Vermeiden von Überforderungen, die unbedingte Orientierung an der regionalen Erfahrungswelt, die gründliche schulische Vor- und Nachbereitung, zudem sollten Gedenkstättenbesuche nicht den Einstieg in das Thema Nationalsozialismus dar-

stellen. Gleichwohl steckt das Thema im doppelten Sinne in den Kinderschuhen: „Heute stehen wir am Anfang unserer Erfahrungen mit jüngeren Kindern in Gedenkstätten, sodass es noch viel zu diskutieren, eventuell zu verwerfen und neu zu organisieren gibt".

Die sechs Autorinnen beschreiben die Genese ihrer lokalen Erfahrungen mit Kindern am historischen Ort und berichten von verschiedenen Ansätzen und Methoden, mitunter auch selbstkritisch. „Behutsamkeit" ist dabei ein mehrfach wiederkehrender Leitbegriff für den Umgang mit den acht- bis zwölfjährigen Kindern. Eine nach dem Besuch der Gedenkstätte Hadamar erstellte, nicht repräsentative Befragung von 109 acht- bis zehnjährigen Kindern vier verschiedener Grundschulklassen ergab unter anderem, dass circa zwei Drittel von ihnen keine Angst vor dem Besuch der Gedenkstätte hatte und etwa 80 Prozent nach dem Besuch gut schliefen.

Insgesamt liegt mit dem Sammelband eine lesenswerte Zwischenbilanz einer mitunter heiklen Diskussion vor. Sie berührt wichtige Fragen der Gedenkstättenpädagogik, nach ihren Grenzen ebenso wie nach ihrer Offenheit, nach ihren gesellschaftlichen Funktionen und dem Verhältnis pädagogischer Ansätze zu ihren „Zielgruppen". Darüber nachzudenken führt unmittelbar in ethische Grundsatzüberlegungen. Die Diskussion wird weitergehen. *(H.S.)*

Regine Gabriel (Hrsg.): „Es war sehr schön und auch sehr traurig". Frühes Geschichtslernen an NS-Gedenkstätten für Kinder von 8–12 Jahren. Beispiele und Erfahrungen, Wochenschau-Verlag, Frankfurt am Main 2018, 140 Seiten, 14,90 Euro ◄

LITERATURHINWEISE

Bohra, Stephanie: Tatort Sachsenhausen. Strafverfolgung von KZ-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2019

Degenhardt, Margarete, u.a.: Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 1416. Ein vernachlässigtes und verdrängtes Kapitel der Quickborner Geschichte. Eine Dokumentation, akt. u. erw. Neuaufl., Kiel 2019

Detering, Heinrich: Was heißt hier „wir"? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, Stuttgart 2019

Drecoll, Axel; Schaarschmidt, Thomas; Zündorf, Irmgard (Hrsg.): Authentizität als Kapital historischer Orte? Die Sehnsucht nach dem unmittelbaren Erleben von Geschichte, Göttingen 2019

Fings, Karola: „Voices oft the Victims". Eine andere Perspektive auf den Völkermord an den Sinti und Roma Europas, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 194, 6/2019, S. 31–35

Grünberg, Kurt; Leuschner, Wolfgang; Initiative 9. November (Hrsg.): Populismus, Paranoia, Pogrom. Affekterbschaften des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2017

Haubold-Stolle, Juliane: Nie wieder oder schon wieder? Die Verschiebung der Normalität in der deutschen Gesellschaft nach rechts und die Gedenkstätten für NS-Opfer. Bericht von der siebten bundesweiten Gedenkstättenkonferenz, Schöneweide im Dezember 2018, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 194, 6/2019, S. 45–50

Kenkmann, Alfons: Risikokompetenz oder historische Orientierung? Zur Verortung der Gedenkstättenarbeit zur NS-Gewaltherrschaft heute, in: Waltraud Schreiber, Béatrice Ziegler, Christoph Kühberger (Hrsg.): Geschichtsdidaktischer Zwischenhalt. Beiträge aus der Tagung „Kompetent machen für ein Leben in, mit und durch Geschichte" in Eichstätt vom November 2017, Münster 2019, S. 202–213

Kersting, Thomas, u.a. (Hrsg.): Archäologie und Gedächtnis. NS-Lagerstandorte: Erforschen – Bewahren – Vermitteln, Frankfurt am Main 2017

Lewerenz, Susann: Koloniales und rassistisches Denken und Handeln im Nationalsozialismus. Materialien für eine verflechtungsgeschichtliche Bildungsarbeit, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 192, 12/2018, S. 21–30

Nationalmuseet Frøslevlejrens Museum, KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing (Hrsg.): Menschenrechte und Lagerhaft im Nationalsozialismus, Themenheft der Kulturakademie, o.O., 2019

Saupe, Achim: Historische Authentizität als problematische Kategorie von NS-Gedenkstätten, in: Alexander Kraus, Aleksandar Nedelkovski, Anita Placenti-Grau (Hrsg.): Ein Erinnerungs- und Lernort entsteht. Die Gedenkstätte KZ-Außenlager Laagberg in Wolfsburg, Frankfurt am Main 2018, S. 39–53

Schmid, Harald: Die Novemberpogrome und die Erinnerungskultur – das „Synagogenmonument" von Margrit Kahl, in: Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, 2018, https://juedische-geschichte-online.net/beitrag/jgo:article-116, engl. Fassung: https://jewish-history-online.net/article/schmid-synagogue-monument-kahl

Schulte, Jan Erik; Wildt, Michael (Hrsg.): Die SS nach 1945. Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse, Göttingen 2018

Trus, Armin: Die „Reinigung des Volkskörpers". Eugenik und „Euthanasie" im Nationalsozialismus. Eine Einführung mit Materialien, Berlin 2019

Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (Hrsg.): Erinnerungskultur im Wandel, Frankfurt am Main 2019

Wrochem, Oliver von: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gegenwart – Was können Gedenkstätten tun?, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 192, 12/2018, S. 3–10 ◄

TERMINKALENDER

Bitte beachten Sie auch den aktuellen Online-Veranstaltungskalender der BGSH.

Noch bis zum 8. September, Gedenkstätte Ahrensbök, Flachsröste 16, 23623 Ahrensbök

„Politische Karikaturen der Weimarer Republik". Ausstellung mit Holzschnitt-Bildern des Zeichners Hans Gerner (1893 – 1946).

Noch bis zum 17. September, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstr. 3, 25926 Ladelund

„Leben nach dem Überleben". Fotoausstellung von Hanna Schaetzle mit Bildern von Holocaust-Überlebenden und ihren Familien in Israel.

19. August, 18:00 Uhr, Rathaus Stockelsdorf, Bürgersaal, Ahrensböker Str. 7, 23617 Stockelsdorf

„Haus der Ewigkeit – בית־עולם. Der jüdische Friedhof Stockelsdorf". Präsentation des von Rolf Verleger und Nathanja Hüttenmeister hrsg. Buches. Moderation: Almuth Jürgensen. Musik: Duo Nebulo. Anmeldung unter jaeger@kirche-stockelsdorf.de.

1. September, 10:00 Uhr, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstr. 3, 25926 Ladelund

Einführung von Dr. Katja Happe als neue Leiterin der Gedenkstätte mit anschließendem Empfang. Anmeldung bis zum 23. August unter info@kz-gedenkstaette-ladelund.de.

5. September, 15:00–17:00 Uhr, Gymnasium Kaltenkirchen (Mensa), Flottkamp 34

„Neue Generationen, neue Herausforderungen – neues Erinnern? Eine Diskussion über den Umgang mit dem Nationalsozialismus heute". Vortrag, Projektvorstellungen und Podiumsdiskussion. Nähere Informationen finden Sie hier.

11. September, 19:00 – 20:30 Uhr, VHS Kaltenkirchen, Bahnhofstr. 3–5, 24568 Kaltenkirchen

„Kaltenkirchens blutige Erde – Spuren nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in der Kaltenkirchener Heide". Vortrag von Dr. Gerhard Braas. Am 14. September findet auch eine Fahrradtour zum Thema statt: Treffpunkt ist um 14:00 Uhr an der Ecke Barmstedter Str./Lindrehm. Nähere Informationen finden Sie hier.

20. September, 09:00–18:00 Uhr, Haus des Gastes, Dünenweg 7, Neustadt/Holstein

„3. Mai 1945 – die ‚Cap-Arcona-Katastrophe'. Beiträge zu Geschichte und Erinnerung". Internationale Tagung. Anmeldung bis zum 13. September unter harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de. Nähere Informationen finden Sie hier.

9. November, 17:00–21:00 Uhr, Flandernbunker, Kiellinie 249, 24106 Kiel

„Lait noir du matin" Musikperformance aus Anlass des Gedenktages 9. November mit dem Duett „this honorable fish".

15./16. November, Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Obotritenring 106, 19053 Schwerin

„Gedenkstättenlandschaften in Ost und West 30 Jahre nach der Grenzöffnung". Gemeinsame Gedenkstättentagung von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Anmeldung bis zum 8. November unter info@polmem-mv.de. Nähere Informationen finden Sie hier.

7. Dezember, 19:00 Uhr, Jüdisches Museum, Prinzessinstraße 7, 24768 Rendsburg

„Haus der Ewigkeit – Spurensuche Jüdischer Friedhöfe 2004-2019". Ausstellungsvernissage. Nähere Informationen finden Sie hier.

10. Dezember,19:00 Uhr, Flandernbunker, Kiellinie 249, 24106 Kiel

„Posttraumatische Belastungsstörungen in den Kriegsfolgegenerationen". Vortrag der Diplompsychologin Petra Kleinewördemann. ◄

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
Geschäftsstelle: c/o Nordkolleg Rendsburg
Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg
info@gedenkstaetten-sh.de
Tel. +49 (0) 4331-1438-24
Fax: +49 (0) 4331-1438-20
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet

Redaktion, Organisation und Layout:
Dr. Harald Schmid (H.S.)
Kontakt: harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de
Tel.: 0152-31758461 ◄